Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 49. Donnerstag, den 27. Februar 1913. 20. Jahrg.

Freitag abend: Volksversammlung im „Neu-Lauerhof".

Hierzu eine Beilage.

Zur neuen Militärvorlage.

Von einem militärischen Sachverständigen wird uns geschrieben:

Beim Festessen des Deutschen Landwirtschaftsrates hat der Reichskanzler bekanntlich eine Rede gehalten, in der auch der folgende Satz vorkam: „Und das Volk, wenn ich es recht verstehe, will, daß, wer wehrfähig ist, auch Soldat wird." Herr v. Bethmann-Hollweg ist offenbar selbst dieser Ansicht. Da möchten wir ihn nun auf den § 1 des auch im Reich gültigen Gesetzes vom 9. November 1867 hinweisen, in dem zu lesen ist:

Ausgenommen von der Wehrpflicht sind nur a) die Mitglieder regierender Häuser; b) die Mitglieder der mediatisierten, vormals reichsständischen und derjenigen Häuser, welchen die Befreiung von der Wehrpflicht durch Verträge zugesichert ist oder auf Grund besonderer Rechtstitel zusteht.

Ist der Herr Reichskanzler wirklich der Ansicht, daß wer wehrfähig ist auch Soldat werden soll, so muß er doch eigentlich mit diesem Paragraphen aufräumen. Dann muß er dafür sorgen, daß auch die wehrfähigen Hoheiten, Durchlauchte, Erlauchte und Hochgeborenen wenigstens den Rock des Einjährig-Freiwilligen zu tragen haben. Herr von Bethmann wird ferner bei der Lektüre des zitierten Paragraphen vielleicht selbst einsehen, daß er mit dem bekannten patriotischen Satz, Soldat werden sei eine Ehre und eine Freude, absolut nicht übereinstimmt. Er stellt sogar den reinsten Hohn darauf vor und charakterisiert die Wehrpflicht offiziell als eine schwere Last, von der die Prinzen und der Hochadel befreit sind. Schon deswegen sollte der Herr Reichskanzler den Paragraphen beseitigen lassen.

Wir fürchten aber, daß er bei den Vorbereitungen für die neue Militärvorlage diese Bestimmungen ganz vergessen hat. Und darum meinen wir, daß die Sozialdemokratie ihn daran erinnern muß. Zwar sind wir nicht so einfältig, zu glauben, daß dann das angenehme Privilegium der Hoheiten, Durchlauchte, Erlauchte und Hochgeborenen verschwinden wird, aber Vorgänge wird man verzeichnen können, die sehr lehrreich sein werden. Dann wird der Herr Reichskanzler, trotzdem er beim Festschmaus des Deutschen Landwirtschaftsrates so sehr für eine strenge Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht schwärmte, auf einmal nicht mehr für eine solche Durchführung sein. Der Herr Kriegsminister, der aus den unteren Regionen den letzten Tauglichen in die Kaserne schicken will, wird plötzlich gegen das gleiche Verfahren in den höheren Regionen scharf protestieren. Und die famosen nationalen Parteien, die in ihren Zeitungen und in ihren Versammlungen ebenfalls den Ruf nach der Einstellung aller Tauglichen erschallen lassen, werden dem Kanzler und dem Kriegsminister helfen und wieder einmal nach dem Rezept verfahren: „Ja Bauer, das ist ganz was anderes."

Wie bekannt, soll die Präsenzstärke um ungefähr 45 000 Mann erhöht werden. Unter diesen 45 000 Mann werden sich aber etwa 20 000 befinden, die in ihrem Zivilleben in der Landwirtschaft tätig sind (Bauernsöhne, Knechte, landwirtschaftliche Arbeiter usw.) Nun klagen die Agrarier fortwährend über den Mangel an ländlichen Dienstboten. Und darum sollte man glauben, daß die Männer von Ar und Halm der neuen Militärvorlage zum mindesten sehr kühl gegenüberstehen müßten. In Wirklichkeit werden sie sie mit Hurra bewilligen. Die von ihnen behauptete Not an Dienstboten kann also gar nicht so drückend sein. Oder denken diese Musterpatrioten, daß sie sich durch den Import ausländischer Arbeiter schon helfen werden?

Ein sehr scharfes Augenmerk wird man bei der neuen Militärvorlage darauf richten müssen, ob sie nicht in erster Linie so zurechtgestutzt ist, daß sie das Avancement der Offiziere nochmals verbessert. Einzelne Bemerkungen in der militärfrommen Presse lassen darauf schließen. Da ist z. B. auf das im Dezember vorigen Jahres geschaffene französische Kadergesetz hingewiesen worden, das dafür sorgt, daß da für jedes französische Reserveinfanterieregiment schon im Frieden 3 Stabsoffiziere und 6 Hauptleute bereitgehalten werden, obwohl diese Regimenter erst im Kriegsfalle zur Aufstellung kommen. Dieses Kadergesetz bescherte den französischen Offizieren 26 neue Oberstenstellen, 125 neue Stellen für Oberstleutnants, 250 neue Stellen für Bataillonschefs und 502 neue Sellen für Hauptleute. Die letzte deutsche Militärvorlage hat ebenfalls eine Verbesserung des Offiziersavancements durch die Schaffung ständiger Offiziersstellen für erst im Kriege zu bildende Formationen herbeigeführt. Da sie es aber nicht in dem hohen Maße tat wie das französische Kadergesetz, so kann man sich auf ein gründliches Weiterfahren „im Text" gefaßt machen.

Es haben sich auch militärische Stimmen bemerkbar gemacht, die wieder einmal die alte Frage aufrollten, ob nicht in der Armee die Dreiteilung der Verbände allgemein eingeführt werden soll. In der deutschen Armee sind die Verbände bald in drei, dann wieder in vier oder in zwei Teile geteilt. Die Kompagnie hat z. B. drei Züge, das Bataillon aber vier Kompagnien, das Regiment im Frieden drei Bataillone. Bei den Brigaden, den Infanteriedivisionen und den Armeekorps kommt hingegen die Zweiteilung zur Geltung. Würde nun die Dreiteilung allgemein üblich werden, so müßten relativ viele neue Generalstellen geschaffen werden, weil dann jede Division drei Brigadekommandeure und jedes Armeekorps drei Divisionskommandeure nötig hätte. Und da dann schon auf drei Infanteriekompagnien ein Bataillon treffen würde, müßte auch die Zahl der Bataillonskommandeure eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Man muß somit auch auf die Dreiteilungsprojekte ein wachsames Auge haben.

In Frankreich hat schon die Ankündigung der deutschen Armeevorlage eine solche Beunruhigung verursacht, daß man dort von der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit spricht. Sie würde aber Frankreich nichts helfen, seiner Wehrkraft vielmehr nur schaden. Allerdings kann es mit der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit eine aktive Armee von ca. 600 000 Mann aufstellen, denn 200 000 Taugliche wird auch das französische Volk in jedem Jahre stellen können. Aber die Stärke der mobilisierten Armee hängt nicht von der Kopfzahl der gesamten aktiven Armee, sondern von jener der einzelnen Jahrgänge ab, weil bei der allgemeinen Wehrpflicht die Stärke des mobilisierten Heeres ein mathematisches Produkt einer bestimmten Anzahl von Jahrgängen ist. Je stärker die Jahrgänge sind, um so größer ist die Armee auf Kriegsfuß. Nehmen wir ein Land an, dessen aktive Armee bei nur einjähriger Dienstzeit 300 000 Gemeine und dessen mobilisiertes Heer 19 Jahrgänge zählt, so hat es im Kriegsfall, Abgänge durch Krankheit, Tod usw. außer Betracht gelassen, 5 700 000 Gemeine zur Verfügung. Setzen wir nun ein zweites Land voraus, das eine aktive Armee von 400 000 Gemeinen, aber zweijährige Dienstzeit hat, und sein mobilisiertes Heer ebenfalls aus 19 Jahrgängen zusammensetzt. Hier besteht der Jahrgang nur aus 200 000 Gemeinen und daher verfügt dieses Land im Kriegsfalle nur über 3 800 000 Gemeine, obwohl es im Frieden um 100 000 Gemeine mehr präsent hält als das vorige. Führt Frankreich die dreijährige Dienstzeit ein, um eine aktive Armee von 600 000 Mann aufstellen zu können, so müßte es die jetzt ungefähr 240 000 Gemeine betragende Stärke seiner Jahrgänge auf 200 000 herabsetzen. Das würde sich aber an der Kopfzahl seines mobilisierten Heeres schwer rächen. In 15 Jahren wäre schon eine Einbuße von 600 000 Mann zu verzeichnen. Der in Frankreich umgehende Plan, zur dreijährigen Dienstzeit zurückzukehren, ist also gar nicht realisierbar. Wir wollten dies extra beweisen, weil die deutsche „nationale" Presse auch mit diesem nicht ausführbaren Plan zugunsten der neuen Militärvorlage krebsen gehen wird.

Daß mit der deutschen Militärvorlage aggressive Absichten verfolgt werden, glauben wir nicht, obwohl die Existenz einer deutschen Kriegspartei ganz gewiß nicht zu leugnen ist. Aber unzweifelhaft wird die europäische Situation wiederum außerordentlich verschärft und im Ausland wird das rasende Tempo der deutschen Rüstungen als schwere Friedensbedrohung empfunden. Dazu kommen nach unserer Anschauung noch andere Beweggründe in Betracht. Erstens besteht schon seit Jahren die Absicht, nach dem „Ausbau" der Flotte die Armee gründlich „auszubauen". Und dazu ist jetzt, wo die Angst vor einem Kriege im Lande umgeht, die günstigste Zeit. Zweitens will man in der Armee, mit der die ersten Schlachten geschlagen werden, möglichst wenig Reservisten haben. Dann kann sie schneller mobilisiert werden und außerdem sind in den Kreisen, aus denen der Beurlaubtenstand kommt, viele, von denen man vermutet, daß sie von der Herrlichkeit des Krieges nicht recht überzeugt sind. Und vielleicht hofft man auch auf dem Wege der Militärvorlage die 110 roten Teufel im Reichstag um etliche Sitze bringen zu können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Submissionswesen.

Gestern war Schwerinstag. Der Reichstag, der im vorigen Jahre sich gar keine Zeit zur Beratung der Initiativanträge gelassen hatte, ist jetzt zu einer besseren Übung zurückgekehrt. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf über das allgemeine Wahlrecht in den Einzelstaaten, der Zentrumsantrag über das Jesuitengesetz und der in der gestrigen Sitzung gestellte nationalliberale Antrag wird im Laufe von drei Wochen verhandelt werden.

Die Nationalliberalen haben in ihrem Antrag die Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Regelung des Submissionswesens gefordert. Die Diskussion, die schließlich die Überweisung des Entwurfs an eine Spezialkommission ergab, ging naturgemäß hie und da über den eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung hinaus. Es war, wie man hatte erwarten können, eine allgemeine Mittelstandsdebatte um die Frage des Submissionswesens.

Der Nationalliberale Freiherr v. Richthofen begründete den Antrag seiner Fraktion. Er kritisierte die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände mit soviel Schärfe, wie sie von einem Nationalliberalen überhaupt erwartet werden kann. Die Nationalliberalen ziehen auch, wie Herr v. Richthofen besonders hervorhob, die reichsgesetzliche einer landesgesetzlichen Regelung vor. Dieser Forderung, die auch die Schaffung eines Submissionsamtes einschloß, stimmte auch der Reichsparteiler Warmuth zu, der besonders für den Grundsatz des angemessenen Preises eintrat. Dagegen polemisierte der Redner des Zentrums Herr Irl und der Konservative Graf von Carmer-Zieserwitz gegen den Vorschlag der reichsgesetzlichen Regelung.

Unser Genosse Hüttmann entwickelte in sehr wirksamen Ausführungen die Stellungnahme der Sozialdemokratie, die an der Regelung des Submissionswesens mitarbeitet, ohne den Kinderglauben zu haben oder erwecken zu wollen, daß damit dem Handwerk der goldene Boden wiedergewonnen werden könnte. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion vertrat mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit, bei einer gesetzlichen Regelung auch Bestimmungen für die Rechte der Arbeiter zu schaffen. Die klare und gründliche Darlegung der Frage durch Hüttmann, namentlich seine Betonung der Arbeiterrechte müßte eigentlich auch den in Vorurteilen befangenen Gegner überzeugen, daß die Sozialdemokratie die Interessen aller werktätigen Teile des Volkes in ernstester Weise vertritt.

Nach Erledigung des Antrags in erster Lesung wurden mehrere Petitionen behandelt. Eine größere Debatte entstand nur bei der Petition wegen Änderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Genosse Feuerstein wandte sich vor allem gegen die Verschlechterung des Genossenschaftsrechts zuungunsten der Konsumvereine, wie sie die Petenten vorschlagen. Er hob namentlich die Feindseligkeit gegen das Genossenschaftswesen hervor, zu der allmählich die Bekämpfung der Konsumvereine sich auswächst und verteidigte mit warmer Energie die wichtigen wirtschaftlichen Neuerscheinungen. Bei der Abstimmung ergab sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses, sodaß vertagt werden mußte.

Die Fleischer wider Freiherrn von Wangeheim.

Auf der diesjährigen Bündlerparade versuchte Freiherr von Wangenheim in seiner Ansprache, die Fleischteuerung wegzueskamotieren, indem er erklärte, wohl gäbe es eine Fleischteuerung, nicht aber eine Fleischnot; denn der Rückgang der Anzahl der Schweine sei durch ein größeres Gewicht der einzelnen Tiere zum großen Teile ausgeglichen.

Gegen die Behauptungen wendet sich der Altmeister der Fleischerinnung von Berlin in einem offenen Briefe an Freiherrn von Wangenheim, in dem festgestellt wird,

„daß das Gewicht der auf den öffentlichen Schlachtviehmärkten zum Verkauf gebrachten Schweine ganz bedeutend zurückgegangen ist.“ — Die „Deutsche Tageszeitung“ sucht diese Feststellung kläglich zu umgehen, was ihr aber nicht gelingt, denn die Zahlen beweisen!

Es kommt noch besser!

Bisher wurden die Leser der staatserhaltenden Presse in den Glauben versetzt, die neue Heeresvorlage erfordere „nur“ 150 Millionen. Nach den bisherigen Erfahrungen durfte man annehmen, daß das dicke Ende auch diesmal nachkommt. Wie richtig diese Annahme war, beweisen die Andeutungen in einer zeitweise von offiziöser Seite benutzten Korrespondenz, nach welchen die Forderungen sich auf mindestens 200 Millionen belaufen werden. Und die freikonservative „Post“ bemerkt hierzu:

„Man hat im wesentlichen mit der Notwendigkeit gerechnet, 150 Millionen aufbringen zu müssen, und man hat dementsprechend den ganzen Streit und sämtliche Möglichkeiten zur Deckung der Summe auf diese hypothetische Ziffer gestützt. Nun erweist sich der ganze Zeitungskampf als ein Streit um des Kaisers Bart, denn die erforderliche Summe wird wesentlich höher sein. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, beziffern sich die **durch die neue Heeresvorlage notwendig werdenden Kosten nicht auf 150, sondern auf 200 bis 220 Millionen Mark,** ausschließlich des durch die Forderungen für eine Luftflotte gebotenen Nachtragsetats. Man wird also auf alle Fälle gut tun, den Streit um die Deckungsfrage solange zurückzustellen, bis die Höhe der Kosten amtlich bekanntgegeben ist: dann aber erscheint es uns wünschenswert und geboten, sich zunächst im Prinzip auf die für die Lösung der Deckungsfrage den nationalen Parteien offenen und möglichen Wege zu einigen, darüber hinaus aber so schnell als möglich die Heeresvorlage selbst zur Annahme zu bringen.“

Also auf die Höhe von **220 Millionen** sind die Forderungen bereits geschraubt worden. Dazu kommen noch diverse Millionen für die Luftflotte. Wahnsinnige Forderungen!

Noch eine ungültige Reichstagswahl.

Das Mandat des konservativen Reichstagsabgeordneten Jordan v. Kröcher im Wahlkreise Salzwedel-Gardelegen wurde am Mittwoch von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt. Herr v. Kröcher mag sich dafür bei dem Teile der Amtsvorsteher seines Kreises bedanken, die in ihrem Eifer einen Wahlaufruf unter besonderer Hervorhebung ihres Amtstitels für Herrn von Kröcher unterzeichnet hatten.

Das Dreiklassenparlament über die Arbeitsnachweise.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde am Mittwoch der größte Teil der Sitzung noch durch die Debatte über die Frage des Arbeitsnachweises ausgefüllt. Es ist erstaunlich, eine wie grenzenlose Unkenntnis die Sachwalter der Unternehmer hierbei an den Tag legten! Einer nach dem andern von den konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Scharfmachern wandten sich gegen die paritäẗschen Arbeitsnachweise mit der kühnen Behauptung, daß diese Nachweise von der Sozialdemokratie zu parteipolitischen Zwecken ausgenützt würden. Ja, der konservative v. d. Osten erklärte sogar, „die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß die Gewerkschaften Sabotage treiben.“ Den Beweis blieb er ebenso schuldig, wie der Abg. Krause-Waldenburg (freik.) es nicht der Mühe für wert hielt, seine Behauptung nachzuweisen, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften in den Verwaltungen der Arbeitsnachweise ihre Macht ausnützen, um anders Organisierte zum Beitritt zur Sozialdemokratie zu zwingen. Am tollsten trieb es der nationalliberale Scharfmacher Haarmann, der es fertig bekam, die Maßnahmen über Zwangsarbeitsnachweise der Zechenbesitzer im Ruhrkohlenrevier zu loben. Allerdings hatte es ihm der Handelsminister v. Sydow leicht gemacht, weil er schon vorher diesem Arbeitsnachweis seine Anerkennung gezollt hatte. — Gen. Leinert unterzog sich der Mühe, die Behauptungen der Gegner zu widerlegen, aber als er zum zweiten Male das Wort ergreifen wollte, um sich nochmals gegen weitere Verleumdungen zu wenden, wurde die Debatte gewaltsam geschlossen, obwohl er als einziger noch auf der Rednerliste stand. — Die „Arbeitervertreter“ des Zentrums griffen charakteristischerweise überhaupt nicht in die Debatte ein. Wahrscheinlich war es ihnen von ihren Führern verboten, denn wenn die sich zu der Frage geäußert hätten, dann hätten sie entsprechend ihrer früheren Haltung den konservativen Scharfmachern entgegentreten müssen.

Gegen Schluß der Sitzung begann noch die Beratung des Etats der Bergverwaltung. Sie wurde aber, nachdem zwei Redner über das Kohlensyndikat gesprochen hatten, abgebrochen und auf Donnerstag vertagt.

Ein preußisches Ausgrabungsgesetz.

Der Entwurf eines Ausgrabungsgesetzes ist dem preußischen Abgeordnetenhause zugegangen. Danach darf eine Grabung nach Gegenständen von kulturgeschichtlicher oder naturgeschichtlicher Bedeutung nur stattfinden, wenn die Förderung der Wissenschaft und Denkmalspflege nicht beeinträchtigt wird. Zum Beginne der Grabung ist die Genehmigung des Regierungspräsidenten erforderlich. Ein entdeckter Gegenstand ist auf Verlangen gegen Erstattung des Wertes an die Behörden abzuliefern. Die Ablieferung kann nur verlangt werden, wenn Tatsachen vorliegen, nach denen zu besorgen ist, daß der Gegenstand wesentlich verschlechtert wird oder daß er der inländischen Denkmalspflege oder Wissenschaft verloren geht. Die Ablieferung kann nicht mehr verlangt werden, wenn seit der Anzeige der Entdeckung drei Monate verflossen sind. Die Entschädigung wird durch eine Schätzungskommission festgestellt. Wer die Anzeigepflicht verletzt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark, wer ausgegrabene Gegenstände zerstört, beschädigt oder beiseite schafft, wird mit Geldstrafe bis zu 20 000 Mark bestraft.

Nette Zustände in Ostafrika.

In der Budgetkommission wurde bei Beratung des Etats für Ostafrika vom Genossen Noske erklärt, so wie bisher könne in Ostafrika nicht weiter gewirtschaftet und gehaust werden. Ganze Bezirke seien bereits entvölkert worden durch die Arbeiteranwerbung. Der Staatssekretär habe bei seiner Anwesenheit in Ostafrika die Bestrebungen der Farmer auf Versklavung der Eingeborenen geradezu unterstützt. — Abg. Erzberger unterstützte diese Darlegungen. Es sei einfach fürchterlich, wie die eingeborene Bevölkerung ruiniert werde. In vielen Bezirken seien ziemlich alle farbigen Frauen syphilitisch, auf etwa 20 Frauen komme nur ein Kind. In den letzten 25 Jahren seien in Ostafrika 150 Strafexpeditionen ausgeführt worden, wobei nicht weniger als 150000 Männer erschossen worden sind. Bei einem solchen System gehe die Bevölkerung rapid zurück, die Kolonien müßten dann an Bevölkerungsmangel zugrunde gehen. An der Küste sei die Syphilis in geradezu unheimlicher Weise verbreitet, ebenso auch die Prostitution unter den schwarzen Frauen. Zur Bekämpfung dieser Seuche wird aber, wie Genosse Südekum konstatierte, sehr wenig getan. — Staatssekretär Solf betonte, die Regierung wolle eine solche Eingeborenenpolitik, daß den Schwarzen auch wirklich der Segen der Zivilisation zuteil werde. Gegen jeden Arbeitszwang werde er immer sein, aber den Weißen könne nicht verboten werden, Plantagenbau zu betreiben. — Unsere Genossen brachten eine Resolution ein, die die Aufhebung des vom Bezirksamtsmann von Daressalam eingerichteten Arbeitsmarktes fordert, ferner, daß ähnliche Unternehmungen auch anderwärts nicht geduldet werden dürfen. — Genosse Ledebour wandte sich lebhaft gegen den Plantagenbau, der eine gute Eingeborenenpolitik völlig ausschließe. Staatssekretär Solf habe als Gouverneur von Samoa vernünftige Eingeborenenpolitik getrieben, jetzt aber sich sehr geändert. — Für den Zwang der Arbeit trat Abg. Paasche ein. Die Neger seien wie Kinder und müßten erzogen werden. Das Vorgehen des erwähnten Bezirksamtmanns sei durchaus zu billigen. Ohne Zwang zur Arbeit komme man in den Kolonien nicht weiter. Die Negerbevölkerung an der Küste sei ein „verlogenes, faules und verlottertes Pack“, das scharf angesehen werden müsse, ebenso auch das „Gesindel“, das aus Indien in die deutschen Kolonien komme. — Diesen Ausführungen widersprach Genosse Noske unter Hinweis auf die für die Eingeborenen ungemein traurigen Zustände in Ostafrika, die dringend der Abhilfe bedürften, solle nicht ein großer Teil der Bevölkerung hingeopfert werden.

Das Patengeschenk des weimarischen Landtags

sollte nach Ansicht der bürgerlichen Abgeordneten möglichst einstimmig bewilligt werden. Man gab sich redliche Mühe, dies zu erreichen. Der Ausschuß wollte auch unseren Genossen die Zustimmung besonders mundgerecht machen und beschloß, daß die 100 000 Mark zu näher bezeichneten wohltätigen Zwecken Verwendung finden sollen. Unsere Genossen gaben jedoch eine bindende Erklärung ab, in der es u. a. hieß: „In diesem Falle aber werden wir auch aus dem Grunde der Vorlage des Landtagsvorstandes nicht zustimmen, weil die Tendenz der Vorlage, eine „Ehrengabe“ dem Großherzog anläßlich der Taufe des Erbgroßherzogs als „Patengeschenk“ zur Verfügung zu stellen, unseren Anschauungen widerspricht. Auch in der Tatsache, daß die Großherzogliche Familie von ihren reichlichen Mitteln, die unseres Erachtens durch veraltete Bestimmungen und Herkommen zu einem großen Teile dem Lande entzogen werden, zu Wohlfahrts- und ähnlichen Zwecken größere Summen spendet, erblicken wir für den Landtag keine Verpflichtung zu einer Ehrengabe als Patengeschenk.“ Dieser Hinweis auf die 1 020 000 Mark, die der Großherzog unter dem Namen „Domänenrente“ vom Lande erhält, führte zu einer Entrüstungsszene und am Ende stimmten die bürgerlichen Abgeordneten geschlossen für die Ehrengabe als Patengeschenk.

Eine Hand wäscht die andere.

Der Reichsverband deutscher Städte, eine Organisation der Städte unter 25 000 Einwohner, hat vor einiger Zeit unliebsames Aufsehen dadurch erregt, daß er eine Resolution an den Reichskanzler beschloß, worin die Bereitwilligkeit der kleinen und mittleren Städte, große finanzielle Opfer für die Vervollständigung der Armee zu bringen, erklärt wurde. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ nun zu erkennen gibt, ist der Vorstand des Reichsverbandes deutscher Städte zu seiner Resolution gekommen in der Erwartung, damit bei der Regierung Gegenliebe für den Wunsch zu finden, eine größere Anzahl kleiner Garnisonen zu errichten. Das agrarische Blatt unterstützt dieses Verlangen natürlich, insbesondere mit dem Hinweis darauf, daß die Mehrzahl der Rekruten vom Lande geliefert werden und daß die Soldaten in den Großstädten Gefahren in sittlicher und religiöser Hinsicht ausgesetzt seien. Wenn der Reichsverband deutscher Städte wirklich glaubt, für die von ihm erklärte Bereitwilligkeit, zu der ihn niemand autorisiert hatte, Garnisonen für kleine Städte herauszuschlagen, so dürfte er sich getäuscht haben, denn das Streben der Heeresverwaltung geht immer mehr darauf hinaus, die Truppenkörper soviel als möglich zusammen zu legen. Der Liebe Müh' wird sonach voraussichtlich umsonst gewesen sein, und Sache der Einwohnerschaft der Städte, die von den bewilligungslustigen Bürgermeistern „regiert“ werden, wird es sein, mit den Herren gründlich Abrechnung zu halten.

Frankreich.

Die französische Sozialdemokratie gegen den Krieg. Der Kongreß der sozialistischen Seinefoderation, der am Sonntag im Pariser Vorort St. Denis tagte, beschloß auf Grund der Interventionen von Vaillant, Sembat und Renaudel eine große Agitation gegen die Rüstungen einzuleiten und gegen die Bestrebungen, die dreijährige Dienstzeit wieder für alle Waffengattungen einzuführen. Es soll unverzüglich im ganzen Seinedepartement ein Aufruf an die Arbeiterklasse angeschlagen werden, dessen Text vom Kongreß selbst angenommen wurde. Darin werden die Arbeiter aufgefordert, sich aus allen Kräften den verbrecherischen Plänen der deutschen und französischen Chauvinisten zu widersetzen: „Zur wahren Rettung Frankreichs, für die Unabhängigkeit der Nationen, für den Weltfrieden fordern wir, im vollsten Einverständnis mit den deutschen Sozialisten: 1. Die französisch-deutsche Annäherung. 2. Das internationale Schiedsgerichtsverfahren für alle Konflikte. 3. Die Nationalmiliz zum Ersatz für die Kasernenarmeen. 4. Den privilegierten Klassen die Verpflichtung aufzuerlegen, durch eine Reichtumssteuer die ungeheuren militärischen Lasten, von denen das Volk erdrückt wird, zu bezahlen.“ Zur Propaganda für diese Forderungen wird die Seinefoderation von all ihren Sektionen Versammlungen veranstalten lassen. Das Manöver der bürgerlichen Presse Frankreichs, die glaubte, durch die ungeheuerlichen Verleumdungen, die sich seit einiger Zeit gegen die deutsche Sozialdemokratie ausstreut, die französischen Sozialisten einzuschüchtern und von einem aktiven Kampf gegen die neuen Rüstungen abzuhalten, ist also mißglückt. Wie die deutschen, so sind auch die französischen Sozialisten, dem Geschrei der Nationalisten zum Trotz entschlossen, wie bisher dem Militarismus in der energischsten Weise entgegenzutreten.

Balkan.

Wem soll Skutari zufallen? Das ist jetzt die Streitfrage. Montenegro möchte es gerne haben, Österreich-Ungarn aber will es Albanien überlassen. Nunmehr soll auch Rußland bereit sein, in der Botschafterkonferenz den Wünschen Österreich-Ungarns zu entsprechen.

Der „Matin“ bringt folgendes Telegramm aus Adrianopel: Seit drei Tagen führen die Bulgaren verzweifelte und fruchtlose Stürme auf die Festung Adrianopel aus; sie bombardieren die Stadt in grausamer und zweckloser Weise. Die Stadt ist mit Lebensmitteln versehen. Schükri Pascha, seine Offiziere und Soldaten verteidigen sie heldenmütig.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 27. Februar.

Die sonderbaren Märzfeier-Patrioten, denen der 18. März 1848 noch nie Anlaß zu einer Feier gegeben hat, obwohl an diesem Tage das Blut der Besten des Volkes für die Erringung von Volksfreiheiten vergossen wurde, lärmen noch immer über die Erklärung, die von unseren Genossen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zum Festprogramm der liberalen Kommunalgrößen abgegeben wurde. Da lohnt es, ein paar Anmerkungen wiederzugeben, die Franz Mehring in der Chemnitzer „Volksstimme“ macht. Ihm gilt als selbstverständlich, daß unsere Fraktion den Kirchgang ablehnte, und ebenso selbstverständlich begründete sie ihre Ablehnung durch den Hinweis auf die Tatsache, daß ein großer Teil der preußischen Bevölkerung noch in erbittertem Kampf um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung stehe. Allein neben diesem treffenden Satze kamen andere Sätze in ihrer Erklärung vor, die nicht nur von der byzantinisch-patriotischen Rasselbande mißdeutet werden, sondern auch von solchen Volksschichten mißverstanden werden können, an deren Urteil uns gelegen sein muß.

So heißt es gleich im Anfang, daß die übergroße Mehrheit des preußischen Volkes und der Berliner Bevölkerung keine Veranlassung habe, jener Zeit feierlich zu gedenken. Das ist in solcher Allgemeinheit doch nicht richtig. Wir haben allen Anlaß, ehrend des Heldenmutes zu gedenken, womit sich vor hundert Jahren die Massen, namentlich auch in Berlin, gegen eine drückende Fremdherrschaft erhoben haben. Gewiß hat Napoleon eine Masse feudalen Unrats vom deutschen Boden gefegt, gewiß war seine Niederlage ein Sieg der europäischen Reaktion, aber er hat die deutschen Lande und namentlich die ostpreußischen Provinzen so unbarmherzig ausgebeutet und unterdrückt, daß die Erhebung dagegen ebenso berechtigt war, wie heute unsere Erhebung gegen die Ausbeutung und Unterdrückung des Kapitalismus, der ja auch seine revolutionäre Seite hat.

Selbstverständlich ist dies auch die Meinung unserer Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Aber sie hat ihren Gedanken in mißverständlicher Weise ausgedrückt, in einer Weise, die von unsern Gegnern wirksam ausgebeutet werden kann. Wer in den ostelbischen Hinterwäldern aufgewachsen ist, der weiß auch, wie tief in der ländlichen Bevölkerung die Erinnerungen an die Landwehren von 1813 wurzeln, und gar so leicht brauchen wir den junkerlichen Demagogen die Sache doch nicht zu machen.

Bedenklich, wenn auch in anderer Beziehung, ist ferner der Satz: „Der König von Preußen hat das in der Not gegebene feierliche Versprechen einer freiheitlichen Verfassung dem preußischen Lande nicht eingelöst.“ Das ist an sich durchaus richtig, und der Wortbruch des Königs war schmählich genug. Aber der Satz ist doch nur ein Erbstück aus der politischen Schatzkammer des Liberalismus, zur Zeit, wo er noch rebellisch war. Mit diesem Satze hat Johann Jacoby sozusagen seine ganze vormärzliche Agitation bestritten, während Marx und Engels zur selben Zeit ihn nie für ihre ungleich schärfere Opposition verwandt haben, obgleich sie über die moralische Verwerflichkeit des königlichen Wortbruchs gewiß nicht günstiger dachten, als Johann Jacoby oder sonst ein Liberaler.

Aber sie meinten, daß mit moralischer Entrüstung keine Politik zu machen sei, und politisch angesehen, war der Wortbruch des Königs das einzige, wenn auch unfreiwillige Verdienst, das er sich je um die preußischen Lande erworben hat. Denn er hatte nicht eigentlich eine freiheitliche, sondern eine ständische Verfassung versprochen, die zur Mehrzahl aus Junkern und zur Minderheit aus Bürgern und Bauern bestanden hätte. Sie hätte keine einzige reaktionäre Maßregel verhindert, wohl aber nach allem menschlichen Ermessen die paar demokratischen Reste beseitigt, die sich aus der Zeit von 1807 bis 1812 noch erhalten hatten. Man lese doch nur die beweglichen Petitionen, die nicht etwa einst die Junker, sondern die Städte nach 1815 um die Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht an die Regierung gerichtet haben, und man lese die Rede, die der bürgerliche Demokrat Ziegler, der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg, noch im Jahre 1869 gehalten hat, über das „Unglück“, unter der Städteordnung von 1808 mit Kommunalangelegenheiten zu tun gehabt zu haben.

Die wirklichen Schandtaten des Königs und der Junker — die Deklaration von 1816 und die Karlsbader Beschlüsse von 1819 — wären durch keine ständische Verfassung gehindert worden. Und an ihnen hätte unsere Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung Fuß beim Male

fassen sollen. Sie hätte dem Sinne nach sagen müssen: Auch wir ehren das Andenken der Massen, die bei Großbeeren und an der Katzbach, bei Dennewitz und Wartenburg und Leipzig für eine gerechte Sache geblutet haben, aber wir würden die Gräber dieser Tapferen und Treuen zu schänden glauben, wenn wir das Jahr 1813 gemeinsam feiern wollten mit den Nachfahren jener Ausbeuter und Unterdrücker, die durch die Deklaration von 1816 die Mehrzahl der bäuerlichen Bevölkerung ins besitzlose Proletariat hinabgestoßen, und durch die Karlsbader Beschlüsse die blühende Jugend des Landes in dumpfe Verließe geworfen oder über die heimatliche Grenze ins Elend gejagt haben. Damit wären die patriotischen Großmäuler gestopft gewesen.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gramm): Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach andern Gebieten Amerikas, z. B. Kanada. „Kaiser Wilhelm II." ab Bremen 4. März, „Kaiserin Auguste Victoria" ab Hamburg 6. März, „George Washington" ab Bremen 8. März, „Kronprinzessin Cecilie" ab Bremen 18. März, „Prinz Friedrich Wilhelm" ab Bremen 22. März, „Amerika" ab Hamburg 29. März, „George Washington" ab Bremen 5. April. Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie „direkter Weg" oder „über Bremen oder Hamburg" zu versehen.

Öffentlicher Schlachthof. Es wurden geschlachtet: Im Monat Januar 1913: 35 Ochsen, 80 Bullen, 1666 Kühe und Starken, 336 fette Kälber, 676 nüchterne Kälber, 1 Lamm, 55 Ziegen, 3275 Schweine, 377 Schafe, 71 Pferde, zusammen 6552 Tiere gegen 7519 Tiere im Januar 1912. — Beanstandungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper, gänzlich vernichtet: 1 Pferd wegen Tuberkulose, 2 Kühe wegen Pyaemie, 1 Kuh wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen allgemeiner Wassersucht, 1 Jungrind wegen Tuberkulose, 2 Kälber wegen vollständiger Abmagerung infolge einer Krankheit, 1 Schwein wegen Schweineseuche, 1 Schwein wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Geruchs- und Geschmacksabweichung des Fleisches. 2. Im Dampfdesinfektor gekocht: 3 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Schweineseuche, 2 Schweine wegen Schweinepest, 2 Schweine wegen Rotlauf, 7 Schweine wegen Tuberkulose, 23/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Kalbfleisch wegen Tuberkulose, 12/1 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Auf der Freibank verkauft: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 2 Kühe wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 1 Jungrind wegen Tuberkulose, 1 Jungrind wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 3 Kälber wegen ungenügender Entwicklung, 1 Kalb wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 1 Schwein wegen Wässerigkeit, 1 Schwein wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind verschiedene einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt. 228 kg Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe untersucht. Hiervon wurde 1 Rinderlunge wegen Tuberkulose beanstandet.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten wird die Strecke der Katharinenstraße vom Schlachthof bis zur Karlstraße vom Donnerstag, eem 27. Februar ds. Js. ab voraussichtlich auf die Dauer von 8 Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

Ein kleines Schadenfeuer entstand gestern abend gegen 9½ Uhr im Hause Percevalstraße 47. Unserer Feuerwehr, die wie immer prompt zur Stelle war, gelang es, das Feuer im Keime zu ersticken, ohne daß die Spritze in Tätigkeit zu treten brauchte.

Das Hansa-Theater bleibt am 28. d. M. wegen Programmwechsels geschlossen. Ab 1. März wird ein neues urkomisches Programm geboten, worüber wir noch berichten werden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: In Grillparzers prächtigem Lustspiel „Weh' dem, der lügt" gibt die Direktion am Sonnabend eine ungemein wertvolle Neueinstudierung. Von besonderem Reiz sind auch die beiden Gastspiele von Frau Marie Bartsch-Jonas — heute und morgen — als „Sieglinde" und Gräfin in der „Walküre" und in „Figaros Hochzeit", auf die hiermit noch einmal aufmerksam gemacht wird. Als 8. Volksvorstellung wird am Sonntag nachmittag 3 Uhr Hauptmanns poesievolle Traumdichtung „Hanneles Himmelfahrt" gegeben. Die Billette zum Einheitspreise von 50 Pfg. werden am Freitag und Sonnabend an der Theaterkasse von 8—9 Uhr abends ausgelost. Am Abend geht zum erstenmal in dieser Spielzeit Gounods sehr beliebte Oper „Margarethe" in Szene.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 28. d. M., abends 6—7 Uhr.

Schlutup. Die öffentliche Frauenversammlung, die am Mittwoch abend im Saale des „Gasthauses zur Post" tagte, war recht gut besucht. Die wirkungsvolle Rede der Genossin Reitze-Vegesack wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und hatte einen ähnlich guten Erfolg wie am Abend vorher in der „Flora". In der Diskussion sprach Genossin Jeckstat im Sinne der Referentin.

Hamburg. Die Bürgerschaft befand sich gestern in Feststimmung. Anfangs freilich nur einer künstlich gemachten und keineswegs ungemischten. Das Bürgertum wollte sich unbesehen 25 000 Mark aus dem Staatssäckel für seine „Märzfeier" bewilligen und tat nun sehr erbost, weil die Sozialdemokraten nicht mitmachen wollten. Schon die Begründung unseres ablehnenden Standpunktes durch Gen. Stolten machte die Rechte nervös, obgleich Stolten alles nur beim rechten Namen nannte und durchaus nicht provozierend sprach. Aber wie die ganze historische Wahrheit über die sogenannten Befreiungskriege dem heutigen Bürgertum unbequem ist, so war es ihnen auch diese Rede. Von Rudolf Sieverts, dem würdig-bärtigen Sozialistentöter, bis zum unentwegten Demokraten Dr. Petersen, der sich selbst eine in Wirklichkeit nicht vorhandene allgemeine vaterländische Begeisterung vortäuscht, sprachen alle Redner der bürgerlichen Fraktionen ihr mehr oder minder ehrliches Mißfallen über den sozialdemokratischen Standpunkt aus. Und alle überhörten geflissentlich, was Stolten ausdrücklich betonte, daß auch wir zum Gedächtnis der Ereignisse von 1813 eine Märzfeier begehen werden, nur eben im andern Sinne als die Sorte Patrioten, denen vaterländische Feste nur dazu dienen, den alten Volksbetrug, der damals verübt wurde, zeitgemäß zu erneuern. Unsere Märzfeier wird ganz dem Wunsche des Genossen Mehring entsprechen. Daß man auf unsere Beteiligung an der bürgerlichen Märzfeier von vornherein nicht gerechnet, sondern sie im Gegenteil geradezu gegen uns gerichtet zugestutzt hat, plauderte ja mit wünschenswerter Deutlichkeit der biedere Herr Rohde von der Linken aus. Nachdem so der Begeisterungsschaum für die bürgerliche Märzfeier etwas zerstäubt, die 25 000 Mark aber selbstverständlich nebst einer Zugabe für Cuxhaven bewilligt waren, lief die Bürgerschaft im Sturmschritt fast die ganze Tagesordnung durch und bewilligte, ohne Worte zu verlieren, alle die Vorlagen. Und nun, nach diesem Akte schöner Uebereinstimmung um Hamburgs Wohl, konnte die gehobene Stimmung sich endlich Luft machen. Es war zwar Abschiedsstimmung, in der man sich noch einmal zusammenfand, denn viele Mitglieder verließen diesmal den Saal auf Nimmerwiederkehr, aber es ging doch feierlich dabei zu. Unter den Mitgliedern, die nach sechsjähriger Tätigkeit heute aus der Bürgerschaft ausgeschieden sind, befinden sich auch drei aus unserer Fraktion: Genosse Bérard, der zu den ältesten Mitgliedern der Bürgerschaft zählte, Genosse Köhncke und Genosse Stengele. Die neue Bürgerschaft wird erst nach längerer Pause zusammentreten. — Todessturz in den Schiffsraum. In der Nacht zum Mittwoch fand man den Schauermann Ladehof i mRaum des Dampfers „Elkab" tot auf. L. muß kurz vorher in den Raum gestürzt sein, weil er wenige Minuten vor seiner Auffindung noch mit mehreren Arbeitskollegen gesprochen hatte.

[] **Hamburg.** Sabotageschwindel. Die „Hamburger Beiträge", ein im Dienste des Reederkapitals stehendes Organ, verbreiten eine Schwindelnotiz, die von der arbeiterfeindlichen Presse nachgedruckt wird. Es wird darin behauptet, bei zwei kürzlich in Hamburg vorgekommenen Lohnkämpfen sei von den Streikenden Sabotage verübt worden. Der erste Fall bezieht sich auf eine Betriebsstörung, die während des kurzen erfolgreichen Streiks auf der Hochbahn sich ereignete. Die Hochbahngesellschaft selbst hat zwar in einer Zuschrift an die Berliner „Kreuzzeitung" erklärt, daß diese Betriebsstörung nichts mit dem Streik zu tun habe. Dennoch behauptete das Aufsichtsratsmitglied Warnke in der Hamburger Bürgerschaft, es sei erwiesen, daß ein Streikender den Kurzschluß verursacht habe. Für diese Behauptung hat aber weder Warnke noch sonst jemand bisher den Beweis erbracht. Das „Hamburger Echo" hat dieserhalb Warnke öffentlich der Verbreitung einer Unwahrheit bezichtigt, Warnke hat darauf geschwiegen. Der zweite Fall soll sich im Hamburger Hafen zugetragen haben. Die streikenden Kohlenarbeiter werden verdächtigt, auf dem Kohlenheber II die Kabel für die Magnete der Druckluftsteuerung zerschnitten und am nachfolgenden Tage das Durchschneiden der Lichtkabel, sowie das Loswerfen des Hebers verursacht zu haben. Die Streikleitung hat alles mögliche getan, etwas über die Urheber in Erfahrung zu bringen, das ist ihr aber trotz aller Mühe nicht gelungen. Die Streikenden haben selbst das größte Interesse daran, daß die Kohlenheber ordnungsmäßig funktionieren und eine so unsinnige Demolierung ist ihnen in der Erreichung ihres Zieles nur hinderlich. Außerdem aber — und das ist bei diesem ganzen Fall von wesentlicher Bedeutung — hat der Direktor Bütow von der Kohlenhebergesellschaft zu den Leuten auf dem Heber gesagt, das Durchschneiden dieses Kabels könne nur ein Fachmann getan haben. Die Kohlenarbeiter aber haben in Bezug auf die technische Einrichtung absolut keine Erfahrung, sind also keine Fachleute und können auch aus dem Grunde für den Streich, der von den Streikenden selbst auf das schärfste verurteilt wird, nicht in Betracht kommen. Ihr Verhalten ist geradezu musterhaft, und da sie deshalb und wegen der rücksichtslosen Herabsetzung der Löhne, die die Unternehmer vornehmen wollten, die Sympathien des übergroßen Teils der Hamburger Bevölkerung haben, suchen die Unternehmer sie auf so empörende Weise zu verdächtigen.

[] **Hamburg.** Zur Situation im Hamburger Hafen. Die Unternehmer im Hamburger Hafen können den Verkehr nur sehr schwer aufrecht erhalten. Einige hundert Streikbrecher der bekannten Qualität bemühen sich, die ungewohnte schwere Arbeit zu verrichten, doch gelingt ihnen das nur äußerst mangelhaft. Sehr viele der Rausreißer haben denn auch rasch wieder das Weite gesucht. Erst wenige Dampfer konnten mit so viel Kohlen versehen werden, um wenigstens einen anderen Hafen erreichen zu können. Die Streikenden und Ausgesperrten stehen noch so geschlossen wie beim Beginn des Kampfes. Durch Vermittlung der durch den Kampf schwer geschädigten Kohlenimportfirmen haben zwischen dem Transportarbeiterverband und dem Hafenbetriebsverein Verhandlungen stattgefunden, die jedoch zu keinem befriedigenden Resultat führten. Immerhin boten die Verhandlungen ein Ergebnis, das die friedliche Beilegung des Konfliktes nicht unmöglich erscheinen läßt. Einer Versammlung der Streikenden, die am Dienstag abend stattfand, wurde von der Verhandlungskommission für die weiteren Verhandlungen vorgeschlagen, vom Hafenbetriebsverein die Verpflichtung zu fordern, daß er selbst keine Kontraktarbeiter als Bunkerleute anstellen und daß dies auch der Kohlenhebergesellschaft nicht gestattet werden darf. Für die 13 Trimmer der Gesellschaft soll ein neuer Tarif für den abgelaufenen gefordert werden. Die Entlassung der Arbeitswilligen und die Wiedereinstellung der Ausgesperrten und Streikenden ist ein weiterer Vorbehalt für die Verhandlungen. Das wichtigste Zugeständnis der Arbeiter ist, daß die Trimmer der Kohlenhebergesellschaft sich eine Reduzierung der Löhne gefallen lassen wollen. Als Erklärung diene dazu, daß wegen dieser Löhne die Differenzen entstanden waren und sich auf andere Arbeiter erstreckten. Die Unternehmer wollten die Löhne dieser Arbeiterkategorie kürzen, da durch Einführung von Kohlenhebemaschinen ihnen der Verdienst der Arbeiter zu hoch gestiegen erschien. Die Arbeiter wollen also in dieser Beziehung den Unternehmern etwas entgegenkommen. Nach ausführlicher, bewegter Diskussion wurde dieser Grundlage für die weiteren Verhandlungen zugestimmt.

Flensburg. In den Flammen umgekommen. Bei dem Feuer, das das Anwesen des Schmiedemeisters Lauritzen in Bülderup einäscherte, entstand eine Panik unter den elf Kindern der Familie. Ein Knabe kroch unter das Bett; einer Schwester, welche ihn retten wollte, wurde der Rückweg durch das Feuer abgeschnitten. Später fand man die beiden Kinder unter dem brennenden Bett. Beide hatten so schwere Brandwunden erlitten, daß sie bald darauf starben.

Flensburg. Sozialdemokratischer Wahlsieg. Bei der gestrigen Stadtverordneten-Ersatzwahl siegten die Sozialdemokraten mit 84 Stimmen über die bürgerlichen Kandidaten. Somit zieht der fünfte Sozialdemokrat in das Stadtparlament ein.

Sülze. Schwerer Unglücksfall. Als Dienstag abend der Lehrer Clasen und der Gutsinspektor Thomsen aus Grammow zu einer Ballfestlichkeit nach Sülze fuhren, wurde unterwegs das Pferd scheu und ging durch. Der Wagen fuhr gegen einen Chausseebaum und die Insassen wurden herausgeschleudert. Lehrer Clasen war sofort tot, während Gutsinspektor Thomsen so schwer verletzt wurde, daß er sofort im Automobil nach dem Rostocker Krankenhause gebracht werden mußte.

[] **Oldenburg.** Der findige Steuerkommissar. In dem idyllisch gelegenen oldenburgischen Landorte Wildeshausen wurde vom Steuerkommissar dem dortigen Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei eröffnet, er habe als „Parteiführer" 100 Mk. Einkommen zu versteuern. Der so Besteuerte reklamierte mit dem Hinweis, daß er als Vertrauensmann nicht nur keinerlei Einkommen habe, sondern es als eine Ehre ansehe, für die Sozialdemokratie so wirken zu können. Das wollte nicht in den Kopf des Steuerkommissars hinein. Vielleicht im Hinblick auf die vielfach glänzend entschädigten Vertrauensmänner bürgerlicher Parteien erging an den sozialdemokratischen Vertrauensmann folgendes Schreiben:

„. . . . . Gemäß Artikel 54 Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes werden Sie hiermit unter Androhung der Zurückweisung Ihres Einspruchs aufgefordert, mir spätestens bis zum 25. Februar d. J. schriftlich näher nachzuweisen, daß Sie keine Vergütung als Parteiführer erhalten."

Glaubte der Steuerkommissar nun, unseren Genossen in der Falle zu haben, so hatte er sich geirrt. Dieser erbrachte von unserem oldenburgischen Parteisekretariat den gewünschten Nachweis. Ob dieser Nachweis dem Kommissar genügen wird, weiß man allerdings noch nicht. — Es ist aber doch ein tolles Stück: die Steuerbehörde setzt ohne jede Unterlage Einkommenssteigerungen fest und verlangt dann von dem Eingeschätzten den Nachweis, daß eine Einkommenssteigerung nicht besteht!

Oldenburg. Eine Kirche durch einen Brand eingeäschert. Die evangelische Kirche in Löhningen wurde gestern zum größten Teil von einem Brande zerstört. Die Kirchengegenstände konnten gerettet werden. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Frau Juttas Untreue", Schauspiel in 4 Akten von Otto Anthes. Es gibt Theaterstücke, die sicherlich dichterische Qualitäten besitzen, die auch ein interessantes Thema interessant behandeln, aber dennoch keine innerliche Befriedigung auszulösen vermögen, die man, kurz gesagt, nur sieht und hört, aber nicht miterlebt. „Frau Juttas Untreue" ist ein zu dieser Gattung gehöriges Schauspiel, in dem die erotische Seite mächtig klingt; wie das wohl auch bei gesund empfindenden Menschen der Fall zu sein pflegt. Aber die Charaktere, welche Anthes zeichnet, haben zeitweilig etwas Konstruiertes, Gekünsteltes an sich. Man erkennt sie als dichterische Schöpfungen und nicht als Spiegelbilder der Natur. Darin aber liegt eine Schwäche des Dramas.

Frau Jutta, die schöne Frau, wird die zweite Gattin des weit älteren Hofjägermeisters Folko von Dürenscheid. Sie heiratet diesen Mann, weil er reich ist und sie bereits eine gewisse, den Mädchen peinliche Altersline überschritten hat. So etwas kommt selbstverständlich vor. Daß das Eheleben kein glückliches wird, kann man unter Umständen gleichfalls sehr begreifen. Aber daran tragen beide Teile schuld. Folko unternimmt anscheinend nichts, um das Herz seiner Frau zu gewinnen, obwohl er sie liebt. Diese Passivität ist einigermaßen rätselhaft. Frau Jutta empfindet ihre Verlassenheit im einsamen Forsthause an der Seite ihres Gatten schmerzlich; sie träumt deshalb auf Anregung von Schnudelchen, ihrer alten Dienerin, von Liebesaffären und -erfolgen am kurfürstlichen Hofe. Nun besitzt Folko aber auch noch eine 16jährige Tochter, ein Mädel, in dem sich die Triebe der Natur zu regen beginnen und deren Gefühle sich mit denen der Stiefmutter begegnen. Während Jutta im Begriff steht, mit dem durch Zufall in ihr Haus verschlagenen Kurfürsten ihrem Mann die Treue zu brechen, beabsichtigt Folkos Kind, sich dem Kavalier des Kurfürsten an den Hals zu werfen. Aber der Hofjägermeister hat die Verführungsszene der Kurfürsten mit seiner Frau belauscht und weiß, was folgen soll. Mit plötzlich emporlodernder Leidenschaft tritt er endlich der Frau Jutta gegenüber, offenbart ihr die Geheimnisse seines Herzens und gewinnt damit sie und auch die Tochter. Die sich bisher innerlich fremd waren, haben sich gefunden.

Daß das Schauspiel, das in der Form manches Schöne enthält, auch wirkungsvolle Szenen aufzuweisen hat, sei gern anerkannt. Gespielt wurde es am Montag an unserer Bühne ganz vortrefflich. Dem Regisseur bietet „Frau Juttas Untreue" keine schwierige Aufgabe. Die Interieurs des alten Forsthauses wurden von Herrn Brunow kundig nachgeschaffen. Den wortkargen, geraden und knorrigen Folko verkörperte Herr Brunow stark und lebensecht, soweit es die Rolle zuläßt. Frl. Pfliegl fügte als Jutta der großen Galerie ihrer Frauenschöpfungen eine neue, psychologisch fein getroffene, wirkungsvoll von innen heraus gestaltete hinzu. Die Sechzehnjährige wurde von Frl. Hüppeden impulsiv und überzeugend gegeben. Die übrigen Rollen, die weniger in den Vordergrund treten, waren sämtlich in den besten Händen. Wenn der Beifall des Publikums den Maßstab für den Erfolg bilden würde; dann müßte man davon sprechen, daß „Frau Juttas Untreue" einen großen Erfolg davon getragen hat. Aber wie lange wird die Gunst des Publikums dem Werke treu bleiben?! P. L.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zur Puppenbrücke.

Soweit ich die Sache beurteilen kann, halte ich den von C. H. K. an dieser Stelle gemachten Vorschlag für weitaus annehmbarer als die geplante Ausbesserung, die doch nur Flickarbeit bleiben und viel mehr Geld kosten würde. Die Tragkraft würde die jetzige übertreffen. Boden ist ja auf der Wallhalbinsel genügend vorhanden. Zu wünschen wäre, daß die vom Bürgerausschuß eingesetzte Kommission recht schnell arbeiten würde, damit recht bald mit den Arbeiten begonnen werden könnte und dadurch den zahlreichen Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit verschafft wird. G. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 26. Febr. Auftrieb 186 Schweine. Markt schlank geräumt.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 77,00 (—,— bis 61,50), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 76,00 (—,— bis 61,00), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., —,— bis 77,00 (—,— bis 60,00), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 76 — bis 77,00 (59,50 bis 60,—), geringere Ware, Tara 24 Proz., 70,00 bis 75,00 (53,00 bis 57,00), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., —,— bis 74,00 (—,— bis 59,00), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 68,00 bis 73,00 (53,00 bis 57,00).

Briefkasten.

K. R. 36. Leider sind wir nicht in der Lage, Ihre Anfrage beantworten zu können. Wir empfehlen Ihnen, direkt in einem Geschäft Erkundigungen einzuziehen.

Zwei Streitende. Von der Einkommensteuer befreit sind u. a. diejenigen Personen, welchen das lübsche Ehrenbürgerrecht verliehen ist. Die Senatoren und der Bürgermeister werden zur Steuerleistung herangezogen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf (1438

lebender Butt

(Stieg 80 Pfg.)

am Freitag,

dem 28. Februar 1913

vormittags von 8 Uhr ab

an der

Holstenbrücke,
Entiner Brücke,
Hafendrehbrücke,
und Hüxtertorbrücke.

Wegen Einführung neuer Artikel verkaufe von heute ab:

Herren-Schnürstiefel
pr. Rindbox. statt 9.25 mit **7.90**

Herren-Schnürstiefel
Boxkalf . . statt 12.50 mit **9.75**

Herren-Schnürstiefel
Rahmenarb., statt 14.50 mit **10.75**

Knaben-Schulstiefel
Rindleder, stark

Größe 27—30	31—35	36—39
Mk. 3.90	4.50	5.60

Heinr. Beckmann
Reiferstraße 3. (1446

Achtung Schlosser!
Extra-Angebot

in blauen Schlosserjacken u. Hosen zu noch nie dagewesenen Preisen.

Extra schwere Jacke, Gr. 40-44 1.78 M
„ „ „ „ 46-56 1.95 M
„ „ „ „ 58-60 2.40 M
„ „ Hosen „ 70-74 1.78 M
„ „ „ „ 76-84 1.95 M

Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Johannes Holst,
Kohlmarkt 6. Markt 6.
Rote Rabattmarken. (1247

Wie bekannt, zahle die höchsten Preise für **Hausstandslumpen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Rentuch, Tauc.** (1225
Fernruf 2480. Postkarte genügt.
Waisenhofstraße 25.

Lohn. Nebenverdienst für Fabrikarbeiter. Hochfeine reelle Neuheit, Muster umsonst. **Anton Schumann, Hohenstein-Ernstthal i. S.** (1419

Cocosa

Feinste Pflanzen-Butter Margarine

Geschmack
Aroma
Bekömmlichkeit
wie bei bester Naturbutter

Überall erhältlich! Überall erhältlich!

Allein. Fabr.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.)

1440

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Willi Westfehling
empfiehlt zur 1453 **Konfirmation**
Uhren u. Goldwaren
32 Holstenstraße **32**

---

ff. Lachsabfall, täglich frisch,
ff. Magnum bonum 10 Pfd. 30 Pfg.
Prima Aepfel Pfd. 15 Pfg. (1452
Marg. Fick, Fleischhauerstrasse 43.

Warum?

kaufen Sie die teure Naturbutter, wenn Sie doch in

Ohlsens Buttergeschäft

30 Hüxstrasse 30

für wenig Geld den feinsten Ersatz erhalten.
Versuchen Sie meine

‚Jduna‘ Margarine, die von feinster Naturbutter kaum zu unterscheiden ist. Pr. Pfund nur 75 Pfg.

‚Sigrid‘ allerfeinste Pflanzenbutter-Margarine, in Geschmack unübertroffen. Pr. Pfund 78 Pfg.

Feinste Margarine-Qualitäten von 53 Pfg. pr. Pfund.

Donnerstag, Freitag und Sonnabend

Gratis

eine hochfeine Porzellantasse m. Goldband
bei Einkauf von 1 Pfund Margarine. 1435

Hüxstr. 30. **Friedrich Ohlsen** Buttergeschäft. Hüxstr. 30.

Bettfedern

Bettfedern u. Daunen
Inletts Bettwäsche
Gebr. Hefti
Lübeck
Untertrave 111/112
bei der Holstenstr.

7

Für die Konfirmation
empfehle
Konfirmanden-Anzüge,
Hüte, Wäsche, Handschuhe, Krawatten,
Lehrlings-Ausrüstungen,
Kleiderstoffe, weiße Unterröcke, Taschentücher.
Konfirmanden-Stiefel
mit und ohne Lackkappen
von 6.50 Mk. an.
Ferner empfehle:
Herren-Anzüge v. 16.— bis 44,— M.
Jünglings- und Knaben-Anzüge
in großer Auswahl.
Spazierstöcke, Schirme.
Lager aller Sorten Schuhwaren, Herren-, Damen- u. Kinder-Stiefel
in schwarz und braun.
Nur solide Fabrikate. (1268
Verkauf noch zu alten billigen Preisen.
J. Ramm, Schlutup.

1426 **Gemüse- und Blumen-Samen**
in bester Qualität u. Originalpackung empf. **H. Staass, Friedenstr. 49.**

Arbeit.-Radfahrer-Bund „Solidarität“
Ortsgruppe Schwartau.

Einladung zum

Maskenball

am Sonntag, d. 2. März 1913
im Lokale des Herrn **Johs. Piquardt, Hotel Kronprinz.**
Kassenöffnung 5½ Uhr.
Ballanfang 6 Uhr.
Maskenzug präzise 8 Uhr.
Demaskierung 10 Uhr.
Eintritt für Herren 1 Mk., eine Dame frei, einzelne Dame 50 Pfg.
Maskierte Herren 80 Pfg., maskierte Damen 40 Pfg.
1439 **Das Komitee.**
NB. Alle umliegenden Ortsgruppen sind freundlichst eingeladen.

Schneeweiße Wäsche

gibt **Ragoda-Schnellwaschmittel.** Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franko wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pfg. 1 echt silbernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Prospekte beim Kaufmann.

Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen. (230

Einladung zum

BALL

der

Metallarbeiterinnen

bestehend in Kostüm- und Kappenfest (Berufskleidung)
verbunden mit **Aufführungen und Vorträgen**
am Sonnabend, dem 1. März 1913
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang abends 8 Uhr. Ende morgens.
Eintrittskarte für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

1436 **Das Komitee.**

Hansa-Theater.

Telephon 610. Telephon 610.
Donnerstag, den 27. Februar 1913:
Abschiedsvorstellung.
Rund um die Alster
und **Gebr. Wolf**
dazu als Einlage die Weltattraktion **„Eugen Troupe“**
die besten Akrobaten der Welt.
Anfang 8¼ Uhr. **Anfang 8¼ Uhr.**

Ab 11 Uhr: Kabarett. Auftreten erster Künstler.
Conferencier Bondi der Lautenschläger. (1335

Großes Ereignis!

Freitag, den 28. Februar, 12 Uhr mittags, eröffnet
Carl Schepler
ein Spezial-Butter- und Margarine-Geschäft
Pfaffenstrasse 2 (Ecke Breite Straße).

1421 Wir notieren heute:

Allerfeinste Tafelbutter	per Pfd.	**1.45** M.
Extrafeine Meiereibutter	per Pfd.	**1.35** M.
Feine Meiereibutter	per Pfd.	**1.22** M.
Garantiert frische Landeier	Stück	**7** ₰
Frische konservierte Eier	Stück	**6** ₰
Reines, schneeweißes Blasenschmalz	per Pfd.	**70** ₰
Delikateß-Kräuterschmalz	per Pfd.	**65** ₰
Hochfeine Tafelmargarine	per Pfd.	**60** ₰
Irma-Pflanzen-Margarine	per Pfd.	**80** ₰

Als Reklame zur Eröffnungsfeier geben wir **Freitag, d. 28. Februar** und **Sonnabend, d. 1. März,** solange der Vorrat reicht, bei Einkauf von mindestens **2 Pfd. Butter** oder **2 Pfd. Margarine**

Gratis:

1 hübsche Dose m. Keeks od. 1 schöne Glasbutterdose.

Wir geben Rabattmarken auf Butter u. Margarine.

Hochachtungsvoll **Carl Schepler, Pfaffenstr. 2.**

HANSA-HALLE.

Sonntag, den 2. März: 1447

Gr. Volksmaskerade.

Prinz Karneval im Galagespann, gezogen von einem Isländer.

Hansa-Theater.
Donnerstag, 27. Februar
Anfang 8 Uhr: (1448
Abschieds-Vorstellung
Rund um die Alster.
Freitag, 28. Febr.: geschlossen.

Neues Stadttheater.

Freitag, den 28. Februar 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¾ Uhr.
138. Vrst. i. V.-A. 23. Vrst. i. Freitag-A.
2. Gastspiel von **Marie Bartsch-Jonas**
Figaros Hochzeit.
Oper von W. A. Mozart.
Gräfin — — — M. Bartsch-Jonas.
Große Preise.

Sonnabend, den 1. März 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
139. V. i. Voll-Ab. Außer Sonnab.-Ab.
Weh dem, der lügt.
Lustspiel von Fr. Grillparzer.
Kleine Preise 1437

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 49. Donnerstag, den 27. Februar 1913. 20. Jahrg.

Russische Sklavenwirtschaft in der Mongolei.

Rußland hat die Mongolei noch nicht völlig verschluckt, und schon dringen aus jenem Gebiet die ungeheuerlichsten Nachrichten über die Art und Weise, wie die russischen Kapitalisten, von der ganzen Macht der hinter ihnen stehenden Diplomatie geschützt, die Naturschätze und die Arbeitskräfte des Landes ausbeuten. Das Bild, das sich hier bietet, erinnert an die Zustände auf den Plantagen der altrömischen oder amerikanischen Sklavenhalter, die ihre Arbeitsherden mit Blut und Peitsche an die Arbeit trieben. Auch die russischen Kapitalisten wenden hier, in der „befreundeten" Mongolei, wo billiges Menschenmaterial in Hülle und Fülle vorhanden ist, dieselben Ausbeutungsmethoden an, und dies ist, neben der Möglichkeit, die reichen Naturschätze des Landes gegen eine Kleinigkeit sich anzueignen, der Hauptgrund, weshalb die russische Kapitalistenklasse mit einem solchen Feuereifer das mongolische Abenteuer der zarischen Regierung unterstützt.

Eine eingehende Schilderung der grauenhaften Zustände in den russischen Bergwerken in der Mongolei hat dieser Tage Herr Kolobow in der Sibirischen Studiengesellschaft in Tschita gegeben. Die Arbeitsverhältnisse in diesen Bergwerken sind derart, daß sie die Schrecknisse der russischen Bagnos in Sibirien in den Schatten stellen. Der Berichterstatter schilderte sie, nach der Mitteilung der „Sabaikalskaja Nowj", folgendermaßen: Insgesamt arbeiteten im verflossenen Jahre auf diesen Bergwerken etwa 7000 Arbeiter und Angestellte. Die Wohnungsverhältnisse sind derart, wie man sie sich in einem Kulturlande kaum vorstellen kann. Unter den Arbeitern herrschen fortwährend Krankheiten, namentlich der Skorbut. Die Löhne belaufen sich auf 10—20 Kopeken (21—42 Pfenige) für den Tag! Der Arbeitstag währt 14 Stunden! Gefeiert wird nur zweimal im Monat: am ersten und fünfzehnten eines jeden Monats. Die russische Bergwerksgesellschaft macht noch von dem elenden Lohn monatliche Abzüge (Paßgebühren, Zuschüsse für die Besserung der Kommunikationsmittel usw.) Auf den Bergwerken blühen alle längst bekannten Mittel zum Betrug der Arbeiter: Talonsystem, falsches Maß und Gewicht — alles zugunsten der Bergwerksgesellschaft oder ihrer Angestellten. Auf dem ganzen Bergwerksgebiet, das eine gewaltige Fläche umfaßt, gibt es keinen Arzt, sondern nur drei Heilgehilfen; in den drei Spitälern sind insgesamt 21 Betten vorhanden.

Die geschilderten Mißstände verblassen indes vor der Schilderung der Behandlung, die die Bergwerksgesellschaft den mongolischen und russischen Arbeitern gegenüber anwendet. Körperstrafen stehen an der Tagesordnung. Die eingeborenen Arbeiter werden für jede Kleinigkeit mit Bambusrohren gezüchtigt. Auch die russischen Arbeiter werden ungeachtet einer ganzen Reihe von Traktaten, die ihnen russische Gerichtsbarkeit zusichert, von ihren russischen Arbeitgebern körperlichen Züchtigungen unterworfen. Der Direktor der Bergwerksgesellschaft, Herr v. Groth, der die Minenkonzession noch bei der Pekinger Regierung verlangt hatte, hat auf den Gruben ein grausames Regiment eingeführt. Hat ein Arbeiter irgendein Vergehen begangen, so wird er in Ketten gelegt und durch die ganze Ansiedlung geführt. Dem Berichterstatter gelang es, zwei Arbeiter bei einer solchen Gelegenheit zu photographieren. Einer von ihnen, ein alter Chinese, bei dem einige Gramm Gold gefunden worden waren, erhielt auf Befehl des Direktors v. Groth 100 Schläge mit dem Bambusrohr. Wie Augenzeugen berichteten, platzte die Haut schon nach dem dritten Schlage, und das Blut spritzte empor. Dennoch wurde die Exekution zu Ende geführt . . . Die Unsicherheit in den Schächten ist so groß, daß fortwährend Unglücksfälle vorkommen. Der Berichterstatter hörte das Geschrei von über 10 chinesischen Arbeitern, die in einer Grube verunglückten. Niemand rührte sich aber, um ihnen zu Hilfe zu eilen, und sämtliche Arbeiter gingen zu Grunde. Der Berichterstatter schildert weiter Fälle, wo russische Arbeiter, die des Brotdiebstahls verdächtigt wurden, auf Befehl des Verwalters der Mine Narin Charganat bis auf die Haut entkleidet und in den Januarfrost hinausgeführt werden sollten, bis sie ihre Schuld eingestanden hatten. Nur infolge der energischen Proteste anderer Personen führte der Verwalter sein Vorhaben nicht aus. Soweit der Bericht des Herrn Kolobow, der wohl in ausreichendem Maße den Nachweis erbringt, daß die kapitalistischen „Kulturträger" aus Europa, die Vertreter des Christentums und der Zivilisation, in der Mongolei in einer Weise wirtschaften, die selbst die an Grausamkeiten gewöhnten Asiaten in Schrecken versetzen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 26. Februar 1913.

120. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Niemand.

Das Submissionswesen.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung eines Antrags Bassermann (NL.), der die Vorlegung eines Gesetzes zur Regelung des Submissionswesens wünscht.

Ein Antrag Gamp (Rp.), der das gleiche verlangt, wird mit zur Debatte gestellt.

Frhr. v. Richthofen (NL.): Seit Jahren verlangen wir ein Gesetz über das Submissionswesen, das Frankreich seit 1833 hat. Bei uns herrschen die verschiedensten Grundsätze: die eine Reichsbehörde schreibt die Lieferung von Kleinigkeiten im Werte von 15 Mk. aus, eine andere vergibt die Bestellungen im Werte von 100 000 Mk. freihändig. Die Fristen sind häufig außerordentlich kurz. Zur Prüfung aller mit der Ausschreibung zusammenhängenden Fragen müßten Sachverständige zu Rate gezogen werden, und dazu ist der gesetzliche Zwang notwendig. Heute kommt es vor, daß die ausschreibende Behörde ganz unrichtige Angaben macht; beim Kaiser-Wilhelm-Kanal wurde sogar in die Bedingungen aufgenommen, daß die ausführende Firma niemals einen Entschädigungsanspruch aus unrichtigen Angaben der Behörde herleiten dürfe. Das ist doch ganz unhaltbar. Ferner muß der Schutz des geistigen Eigentums verstärkt werden. Große Klagen erregt die Vergebung der Lieferung zum Mindestpreis; an seine Stelle müßte der angemessene Preis treten. Wir verlangen reichsgesetzliche, nicht landesgesetzliche Regelung. Ein Submissionsamt müßte die Durchführung der getroffenen Bestimmungen überwachen. Submissionsämter, die auch die Vermittlung von Lieferungen übernehmen, könnten besser in den Einzelstaaten oder noch besser in den einzelnen Gemeinden errichtet werden. Das Reich hat unzweifelhaft die Befugnis zur selbständigen Regelung und es ist praktischer, die Sache reichsgesetzlich zu regeln, weil die Leiden der Handwerker und des Mittelstandes im ganzen Reich dieselben sind. Ihnen abzuhelfen ist die Pflicht des Reiches. (Bravo! bei den Natl.) Redner beantragt die Überweisung des Antrags an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Warmuth (Rp.): Mit der Kommissionsberatung sind wir einverstanden. Eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse ist dringend nötig, denn durch unser Submissionswesen ist ein Preisunterbietungsverfahren großgezogen worden, das geradezu ein Krebsschaden für das Handwerk ist. (Sehr richtig! rechts.) Wir wünschen deshalb die Festsetzung des Grundsatzes des angemessenen Preises. Die Regierungen wissen, welche Schäden vorhanden sind, und sollten daher sofort auf dem Verordnungswege vorgehen. Die Vergebung großer Lieferungen dürfte nicht an einen Generalunternehmer erfolgen, sondern in kleinen Losen. In dieser Richtung sollte die Regierung auch die Gemeinden beeinflussen. Der Staat hat die Pflicht, die nationale Arbeit zu stärken, und nicht immer dem niedrigsten Preise nachzulaufen. Dem Handwerk muß wieder der goldene Boden gegeben werden. (Bravo! rechts.)

Hüttmann (SD.): Auch meine Partei hat nichts dagegen einzuwenden, daß diese Materie in einer Kommission untersucht wird. Freilich kann mit einer reichsgesetzlichen Regelung des Submissionswesens dem Handwerk der goldene Boden nicht wiedergeschaffen werden, den es früher durch die Kleinbetriebe hatte; diese Grundlage ihm unter den heutigen Produktionsverhältnissen wiederzugewinnen, ist unmöglich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Trotzdem sind auch wir bereit zu einem ernsthaften Versuch, die Mißstände auf dem Gebiet des Submissionswesens einzudämmen. Unter diesen Mißständen haben nicht nur die Handwerker zu leiden, sondern auch breite Schichten der Arbeiterklasse. Wir müßten daher bei einer gesetzlichen Regelung auf gesunde Bestimmungen für die Rechte der Arbeiter dringen. Das Unwesen ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Behörden sich nicht entschließen konnten, in die Submissionsbedingungen Bestimmungen aufzunehmen, nach denen den Arbeitern bestimmte Löhne garantiert werden. Dadurch ist erst die Schmutzkonkurrenz in erheblichem Umfang gewachsen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dann spielen bei den Submissionen oft auch andere Umstände, wie Vetternwirtschaft, eine große Rolle. Die Vergebung öffentlicher Arbeiten hat in den letzten Jahren einen immer stärkeren Umfang angenommen, es sind nicht weniger als 30 bis 40 000 öffentliche Körperschaften vorhanden, die Arbeiten vergeben. Daß da die Aufstellung bestimmter Grundsätze notwendig ist, ist ohne weiteres klar. Namentlich im Baugewerbe sind ganz außerordentliche Mißstände vorhanden, und auch die Sozialdemokratie wird ihr Bestes einsetzen, um auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen. Auch die Wohnungsnot hängt mit diesen Mißständen zusammen, das Vertrauen ist durch das Baulöwentum untergraben und infolgedessen ist die Geldbeschaffung außerordentlich erschwert worden. (Zust. bei den Soz.) Auf Grund der Schmutzkonkurrenz haben wir nicht mehr eine korrekte fachgemäße und pünkliche Erledigung der Arbeiten zu erwarten, sondern es tritt eine Überhastung ein, und es leidet die Qualität der Arbeit unter ihrer Quantität. Damit hängt auch das Schmiergelderwesen oder vielmehr -Unwesen zusammen, durch das man zugleich verhüten will, daß bei der Abnahme der öffentlichen Bauten die genügende Kontrolle ausgeübt wird. Es ist auf diesem Gebiet eine Gewissenlosigkeit eingerissen, die zu beseitigen wir alle Veranlassung haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Einen großen Teil der Schuld tragen aber die Handwerker selbst. Die Arbeiter sind in starken gewerkschaftlichen Organisationen den Mißständen entgegengetreten. In den Zwangsorganisationen der Handwerker aber, den Innungen, haben wir Fortschritte nicht gesehen. Die Großunternehmer dagegen haben sich in Gruppen vereinigt, durch welche die Gemeinden bei ihren Unternehmungen sehr erheblich geschröpft werden. Auch in Handwerkerkreisen scheint man jetzt immer mehr zu merken, daß vor allem die Konkurrenz der Großbetriebe gegen die Kleinbetriebe in Frage kommt, daß sie es ist, die den Kleinbetrieb bedrückt und belastet. Durch eine Regelung des Submissionswesens wird man ja einen Teil der Mißstände beseitigen können, aber einen Teil wird

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Er hatte keine Zeit, hereinzukommen," fuhr die Witwe fort. „Sie können sich kaum denken, wieviel er von Ihnen hält, Herr Wilkens. Die letzten Worte, die er zu mir sprach, waren: Laß es mich sofort wissen, wenn irgend eine Änderung eintritt."

Herr Wilkens hatte deutlich das Gefühl, daß an seinem Rückgrat eine feuchte Kälte hinabstieg, und kleine, zitternde Frostschauer liefen an seinen Beinen hinauf und hinab. Er starrte entrüstet auf den Rücken der fleißigen Frau Lampe.

„Edu mag Sie sehr gern," sprach die arglose Frau unentwegt weiter. „Ich denke mir, das kommt daher, daß er keinen Vater hat; aber von Ihnen hält er mehr als von irgend jemandem anders auf der weiten, weiten Welt. Ich werde manchmal ganz eifersüchtig. Scherzes halber sagte ich gestern zu ihm: „Nun, Du solltest zu ihm ziehen und bei ihm wohnen, wenn Du ihn so gern hast, sagte ich."

„Ha, ha," lachte Herr Wilkens gezwungen.

„Sie werden es nie raten, was er mir darauf antwortete," schloß Frau Lampe, ließ Staublappen und Bürste fallen und blickte den Ofen an.

„Wahrscheinlich wird er gesagt haben, daß er Sie nicht verlassen könne," riet der Steward mürrisch.

„Das muß ich aber sagen," rief Frau Lampe aus und schlug die Hände zusammen, „wenn Sie das nun nicht beinahe geraten haben! Nein, so was! Ich hätte es Ihnen um alles in der Welt nicht gesagt, wenn Sie es nicht geraten hätten. Die genauen Worte, die er sprach, waren: Nicht ohne Dich, Mutter!"

Mit einer plötzlichen Bewegung schloß Herr Wilkens die Augen, und sein Herzschlag stockte. Er hielt seinen Atem an und zermarterte sein Gehirn, um eine Antwort zu finden, welche zu erkennen gab, daß er den inneren Sinn dieser verhängnisvollen Worte ignorierte. Er brauchte etwas Sorgloses und Spaßhaftes im Verein mit einer Stimme, die er vollkommen in der Gewalt hatte. Da ihm diese Dinge alle fehlten, hielt er seine Augen geschlossen und heuchelte Schlaf, trotzdem er in Wirklichkeit vollkommen wach war. Er schlief glatt durch von elf Uhr morgens bis Edu Lampe um sieben Uhr abends hereinkam.

„Ich fühle mich wie neugeboren," sagte er dann, rieb sich seine Augen und gähnte.

„Ich sehe keine Veränderung in ihrem Aussehen," meinte der trostreiche Jüngling.

„Es geht ihm viel besser," konstatierte seine Mutter. „Das kommt von der guten Pflege. Manche Wärterinnen würden ihn geweckt haben, um ihm zu essen zu geben; aber ich ließ ihn weiterschlafen. Man fühlt keinen Hunger während man schläft."

Sie beschäftigte sich mit der Bereitung eines Tellers Hafergrütze, und trotz seines Widerwillens gegen dieses Gericht verschlang es der Steward im Umsehen. Bouillon und ein Glas Milch, die er dazu bekam, vermochten ihm wenig mehr als ein Stückchen von seinem Appetit zu stillen.

„Wir werden ihn durchbekommen," erklärte Frau Lampe lächelnd, als sie das leere Glas niedersetzte. „In vierzehn Tagen wird er wieder auf den Beinen sein."

Es ist eine historische Tatsache, daß Herr Wilkens am nächsten Morgen um fünf Uhr auf den Beinen war, und nicht nur das, sondern fertig zum Ausgehen angekleidet, und das nach einem Frühstück, wie er es seit Tagen nicht mehr zu sich genommen hatte. Die Unhöflichkeit, die darin lag, daß er die Anordnungen des Arztes nicht befolgte, beunruhigten ihn nicht, und er schmunzelte mit einiger Genugtuung, als er geräuschlos die Tür hinter sich schloß und auf die herabgezogenen Vorhänge gegenüber blickte. Die Sterne erblaßten, als er die Allee verließ und nach dem Bahnhof ging. Ein auf sein verwühltes Kissen gelegter Zettel informierte Frau Lampe, nachdem er ihr für ihre Pflege gedankt hatte, dahin, daß er ganz wohl und auf die Suche nach dem vermißten Kapitän nach Hamburg gefahren sei.

Thießen, welcher durch Edu Lampe von dem Unwohlsein des Stewards gehört und die Absicht gehabt hatte, ihm einen Besuch zu machen, hörte etwas später am Vormittag von seiner Abreise, und da er die Einzelheiten nicht kannte, besprach er in etwas beredter Art und Weise mit seinem Partner die Anhänglichkeit des alten Mannes.

„Hm, kann sein," meinte Köppen, nahm seine Brille ab und blickte ihn an. „Aber Sie glauben doch nicht, daß Schümann in Hamburg ist, nicht wahr?"

„Warum nicht?" fragte Thießen etwas bestürzt.

„Wenn das, was Wilkens Ihnen sagte, wahr ist, weiß Nathan Schmidt Bescheid," antwortete der andere. „Ich werde ihn fragen."

„Glauben Sie etwa, daß Sie die Wahrheit aus ihm herausbekommen?" fragte Thießen etwas von oben herab.

„Ja, das glaube ich," erwiderte der andere gelassen, „und wenn ich es erreicht habe, werde ich nach der Villa des Kapitäns gehen und werde es ihnen dort sagen. Ich werde diesen beiden Damen damit einen Dienst erweisen, wenn ich ihnen mitteile, was wirklich mit dem Kapitän geschehen ist."

„Ich werde mit Ihnen zu Nathan Schmidt gehen," erklärte Thießen. „Ich möchte gern hören, was der Kerl zu sagen hat."

„Nein, ich will allein gehen," sagte sein Teilhaber. „Schmidt ist ein sehr scheuer Mensch, peinlich scheu. Ich bin ihm früher schon ein oder zweimal in die Quere gekommen. Er ist beinahe so schüchtern und zurückhaltend wie Sie."

Thießen grunzte. „Wenn der Kapitän nicht in Hamburg ist, wo ist er denn?" fragte er.

Der andere schüttelte den Kopf. „Ich habe so eine Idee," bemerkte er, „aber ich möchte mich erst vergewissern. Löbel und Schmidt sind alte Freunde, was Schümann gewußt haben könnte; aber er war immer zu erhaben und großspurig, um irgend ein Interesse für niedriger Stehende zu haben. Da haben Sie etwas, worüber Sie erst mal nachdenken können."

Er beugte sich wieder über sein Pult und arbeitete eifrig bis ein Uhr — seiner Frühstückspause. Dann zog er seinen Rock an, setzte den Hut auf und begab sich nach einer guten Mahlzeit auf die Suche nach Herrn Schmidt.

Das Logierhaus, ein eigenartiges, zerfallenes Gebäude, befand sich in einer nach dem Hafen führenden Nebenstraße. Die Haustür stand offen und ein paar Seeleute, die auf den zerbrochenen Stufen herumlungerten, machten ihm höflich Platz, als er eintrat und mit dem Stock auf den Boden stieß. Herr Schmidt, der daraufhin die Treppe heruntergeklappert kam, hatte einige Schwierigkeit, seine Überraschung über den Besuch zu verbergen, begann aber in genialer Weise eine Unterhaltung über das Wetter, ein Thema, das für ihn großes Interesse hatte. Als der Schiffsmakler anfing, von dem Grund seines Besuches zu sprechen, führte er ihn nach einem kleinen Wohnzimmer auf der Rückseite des Hauses und wiederholte dort die Auskunft, die er Herrn Wilkens gegeben hatte.

„Das ist alles, was darüber zu sagen ist," schloß er in ungekünstelktem Ton, „der Kapitän schämte sich vor sich selber; er ist ein bißchen herunter. Wir machen alle manchmal Fehler — ich selbst auch."

„Ich bin Ihnen jedenfalls sehr dankbar," sagte Herr Köppen höflich.

„Bitte, ist gern geschehen," erwiderte der Schlafbas.

„Und jetzt," sagte der Besucher nachdenklich, „jetzt nach der Polizei."

„Polizei," erwiderte Herr Schmidt beinahe hastig, „wozu das?"

„Nun, um nach dem Kapitän zu forschen," meinte Herr Köppen mit erstaunter Stimme.

man auch beseitigen können durch gesunde Fortbildungsschulen und durch Hebung des Volksschulwesens. (Sehr richtig! bei den Soz.) Eine grundlegende Ausbildung ist für den Handwerker heute notwendiger als je. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir Sozialdemokraten wünschen ferner, daß die Arbeiten von öffentlichen Behörden in erster Linie in Regie vergeben werden. Der kleine Unternehmer braucht dabei nicht ausgeschlossen zu werden. Dem Handwerkerstand würden derartige Regiearbeiten weniger schaden, als das heutige Submissionswesens. Eine neue Regelung des Submissionswesens hat vor kurzem in Offenbach a. M. stattgefunden, und dabei sind neben den Wünschen der Handwerker auch die der Arbeiter berücksichtigt. Es sollen von der Lieferung ausgeschlossen werden Unternehmer, welche die tariflich vereinbarten Löhne nicht zahlen, welche die tariflich geregelte Arbeitszeit nicht einhalten, welche den Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten, welche Lehrlingsausbeutung betreiben, welche die Arbeiten in Strafanstalten und Zwangserziehungsanstalten herstellen lassen. In ähnlichem Sinne müßte auch im Reich ein besserer Zustand herbeigeführt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Entschiedenen Widerspruch müssen wir erheben, wenn in die Submissionsbedingungen die Streikklausel aufgenommen wird, die den Unternehmern eine Fristverlängerung bei einem Streik mit den Arbeitern gewährt und ihnen den Rücken gegenüber Lohnforderungen der Arbeiter stärkt. Dadurch untergräbt man ja gerade die einzige gesunde Grundlage, auf der Auswüchsen des Submissionswesens entgegengetreten werden kann. Der Reichstag hat wiederholt beschlossen, daß bei den gewaltigen Lieferungen für die Militär- und Marinebehörden die tariflichen Arbeitsbedingungen anerkannt werden. Selbst wenn wir über die Auswüchse des Submissionswesens ganz einer Meinung wären, so würde eine Verständigung doch unmöglich sein, wenn nicht gleichzeitig diese Regelung für die Rechte der Arbeiter mit vorgenommen wird, ohne die der rücksichtslosen Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer nicht entgegengetreten werden kann. Diese Ausbeutung der Arbeiter wird ja mitbedingt durch die gegenseitige Unterbietung der Unternehmer. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wird also diese Frage nicht mitbeachtet, so ist eine Regelung des Submissionswesens ganz unmöglich. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Auf Antrag des Grafen Carmer-Zieserwitz (K.) wird ein konservativer Initiativantrag, auf Antrag des Abg. Mumm (WVg.) ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung über das Submissionswesen mit zur Debatte gestellt.

Irl (Z.): Es ist bedauerlich, daß bei der Beratung unserer Initiativanträge die Bundesratsestrade leer bleibt. Eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens halten wir nicht für wünschenswert, dazu sind die Verhältnisse in verschiedenen Teilen des Reiches zu verschieden, zweckmäßig ist vielmehr eine landesgesetzliche Regelung. Die Vergebung der staatlichen Arbeiten in Regie, die der Vorredner gefordert hat, bekämpfen wir entschieden; davon würden die Handwerker nur Nachteil haben.

Graf v. Carmer-Zieserwitz (K.): Im preußischen Abgeordnetenhaus hat man sich mit Einschluß der Nationalliberalen dahin geeinigt, daß eine einheitliche Regelung des Submissionswesens durch das Reich nicht angängig sei. (Hört, hört! rechts und im Zentr.) Trotzdem werden wir für die Überweisung sämtlicher Anträge an eine Kommission stimmen.

Bartschat (Vp.): Eine geeignete Grundlage für die Verhandlungen der Kommission ist der Submissionsentwurf des Hansabundes. Die Streikklausel darf aus den Submissionsbedingungen nicht verschwinden, wenn die Unternehmer nicht ganz erheblich geschwächt werden sollen. Die mit dem Submissionsamt in Sachsen gemachten Erfahrungen reizen nicht gerade zur Nacheiferung an.

Dombek (Pole): In den polnischen Landesteilen werden die Gewerbetreibenden durch die Staats- und Kommunalbehörden boykottiert; schon aus diesem Grunde müssen wir eine reichsgesetzliche Regelung einer landesgesetzlichen vorziehen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Werner-Gießen (WVgg.) und Werner-Herzfeld (A.) werden sämtliche Anträge einer Kommission überwiesen.

Es folgt die Beratung von

Petitionen.

Mehrere Petitionen zur Zündwarensteuer und Zündholzhilfsindustrie verlangen Aufhebung der Zündwarensteuer, Schadloshaltung der geschädigten Arbeiter der Zündholzindustrie, Gewährung eines Kontingents an diese Industrie, Besteuerung von Zündholzhalbfabrikaten (Schwedenschachteln und Espenholzdraht).

Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung bezüglich der Schadloshaltung der geschädigten Arbeiter, Ueberweisung zur Erwägung bezüglich der Gewährung eines Kontingents, Uebergang zur Tagesordnung bezüglich der Aufhebung der Zündwarensteuer und der Einführung einer Steuer auf Schwedenschachteln und Espenholzdraht.

Sperlich (Z., auf der Bühne unverständlich) scheint sich für die Kontigentierung und die Besteuerung der Schwedenschachteln auszusprechen.

Hasenzahl (SD.): Die Finanzreform und mit ihr das Zündwarensteuergesetz wurde von ihren Schöpfern als nationale Tat ausgegeben, in Wirklichkeit hat sie das deutsche Volk und die Industrie schwer geschädigt. Die Petenten wünschen die Zündholzhilfsfabriken aus ihrer durch das Gesetz verursachten mißlichen Lage zu befreien; die Daten, die sie anführen, sind sehr berechtigt; es ist geradezu traurig, zu sehen, wie Betriebe, die jahrzehntelang prosperierten, jetzt stillstehen. Eine große Anzahl von Arbeiterfamilien ist dadurch aufs allerschwerste geschädigt, und deren Schadloshaltung, die die Petenten verlangen, ist durchaus geboten. Ich kann mich da dem Antrage der Kommission auf Ueberweisung dieses Teiles der Petition an den Reichskanzler zur Berücksichtigung nur anschließen. Aber ganz entschieden muß ich mich dagegen verwahren, daß eine weitere Steuer auf die Hilfsmittel der Zündwarenindustrie eingeführt wird, wie der Vorredner es wünscht. Die Kommission empfiehlt über diesen Punkt der Petition Uebergang zur Tagesordnung. Auch hier kann ich mich dem Antrage der Kommission nur anschließen und ebenso dem Antrag, die Gewährung eines Kontingents dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Ich möchte zugleich die Herren von der Regierung ersuchen, recht schnell für Abhilfe für die schwergeschädigte Industrie und die Arbeiter zu sorgen, denn schnelle Hilfe tut dringend not. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Dr. Blunck (Vp.) empfiehlt ebenfalls die Anträge der Kommission.

Die Anträge der Kommission werden angenommen.

Es folgt eine Petition betr. Gewährung der Veteranenbeihilfen.

v. Oertzen (K.): Die Veteranenbeihilfe ist heute nicht mehr ausreichend, und die Veteranen werden von den Behörden nicht mit dem Wohwollen behandelt, das sie verlangen können. Ich stelle den Antrag, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen, damit in eine nochmalige Prüfung eingetreten werden kann.

Die Petition wird auf Antrag des Abg. Schwabach (NL.) — entgegen dem Antrag der Kommission (Uebergang zur Tagesordnung) — zur nochmaligen Beratung an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgt eine Petition betr. Aenderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Verbot des Handels der Beamten.

Feuerstein (SD.): In der vorliegenden Petition handelt es sich zunächst um eine Aenderung des Genossenschaftsgesetzes. Diese Aenderung hat ihre volle Berechtigung. Das Gesetz ist bezüglich der Generalversammlung und seiner sonstigen Aufgaben vollständig überholt. In diesen Punkten muß möglichst bald eine Aenderung vorgenommen werden, die eine Verbesserung des Genossenschaftsrechts bedeuten muß. Die Petenten wollen aber eine Verschlechterung des Genossenschaftsrechts zuungunsten der Konsumvereine. Aus diesem Grunde ziehen wir vor, lieber bei dem bestehenden, erträglichen Zustande zu bleiben. Die patentierten Vertreter der Mittelstandsparteien beantragen natürlich eine Verschlechterung guter Gesetze. Der Bericht der Kommission hat in sechs Punkten aufgeführt, was den Beamtenkonsumvereinen alles zugemutet werden soll. Der Endzweck läuft auf ein glattes Verbot der Beamtenkonsumvereine hinaus. Die Beamtenkonsumvereine, 300 Vereine mit 250 000 Mitgliedern, stellen auch ein sehr erhebliches Stück Mittelstand dar, und diese Vereine haben sich auf ihrer Dresdener Tagung sehr energisch gegen eine Beschränkung ihrer staatsbürgerlichen Rechte gewendet. Ihr Wort sollte mindestens ebenso schwer in die Wagschale fallen wie das anderer Mittelstandsvereine. Es handelt sich hier um die Pflicht der Beamten zu einer sparsamen Haushaltung, die von Ihnen ja so oft als sittliche Pflicht hingestellt wird. Die Rechte wendet sich hier geschlossen gegen die Konsumvereine. Ich erinnere Sie daran, daß die „Kreuzzeitung" gegenüber dem Verbot des Ministers v. Budde an die Eisenbahner, Konsumvereinen beizutreten, für das Recht der Eisenbahnbeamten eintrat, sich zum Einkauf ihrer Lebensmittel ebensogut organisieren zu dürfen, wie die Detaillisten. (Hört, hört! links.) Die Gegnerschaft gegen die Konsumvereine wächst sich allmählich zu einer Gegnerschaft gegen das Genossenschaftswesen überhaupt aus; so hat eine süddeutsche Handelskammer jetzt die gleichen Klagen, die die Handwerker gegen die Konsumvereine erheben, gegen die Handwerkergenossenschaften erhoben. (Hört, hört!) Die Angriffe gegen die Konsumvereine sind um so bedauerlicher, als sie auch ein sehr beachtenswertes sittliches Moment durch die Erziehung der Mitglieder haben. Es handelt sich bei ihnen um 30 000 Genossenschaften mit 5½ Millionen Mitgliedern, die bereits einen Umsatz von 500 Millionen Mark haben. Daß auch das Privatkapital in dieser Entwickelung bereits ein Haar gefunden hat, zeigen Petitionen, die sich gegen die Eigenfabrikation der Konsumvereine richten. Es ist töricht, auf dem Wege der Gesetzgebung solche wirtschaftlich notwendigen Organisationen hemmen zu wollen, namentlich in einer Zeit, in der ohnehin über den Rückgang des Bevölkerungszuwachses geklagt wird. Man stellt es oft so hin, als ob die Konsumvereine absichtlich von der Sozialdemokratie geschaffen worden sind, um die selbständigen Mittelstandsexistenzen zu vernichten. Dabei zeigt die Statistik, daß die im Handel beschäftigte Bevölkerung stärker zugenommen hat als die Bevölkerung überhaupt. Auch für die Landwirtschaft haben die Konsumvereine eine ganz außerordentliche Bedeutung, selbst von konservativer Seite sind sie als die natürlichen Abnehmer der landwirtschaftlichen Genossenschaften bezeichnet worden und es wurde gesagt, alle Gesetze, die die Konsumvereine an dieser Verbindung hindern wollen, treffen auch die Landwirtschaft. Heute haben die Konsumvereine bereits einen direkten Umsatz von 25 Millionen Mark mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Entwickelung geht dahin, daß die Konsumvereine immer mehr als die Voraussetzung für das Wohlergehen der Landwirtschaft angesehen werden. Die Handwerkskammer, die die Interessen ihres jeweiligen Bezirkes zu begutachten haben, hätten längst erkennen müssen, daß die wirtschaftlichen Neuerscheinungen, nämlich die Konsumvereine, nötig seien. Sie hätten einsehen müssen, daß man sich mit den Konsumvereinen anders abzufinden habe, als es bisher geschieht. Eine erfreuliche Ausnahme macht die Handels- und Gewerbekammer in Sonneberg. Ihren abweichenden Standpunkt hat sie in ihrem Geschäftsberichte von 1910 zum Ausdruck gebracht. Andere Länder, Oesterreich, Italien, England, bevorzugen die Konsumvereine sogar. In England haben sich die Bischöfe der katholischen Kirche an die Spitze der Konsumvereine gestellt. Sogar Rußland hat eine Normalordnung für Konsumvereine vor zwei Jahren herausgegeben, deren Hauptzweck darin besteht, den Monopolisierungsbestrebungen der Syndikate entgegenzuarbeiten. Es ist also kein Ruhmesblatt in unserer Wirtschaftsgeschichte, daß man bei uns das Gegenteil konstatieren muß. Die Konsumvereine stehen auf gesetzlichem Boden, und seit Bestehen des Genossenschaftsgesetzes ist noch kein einziger Konsumverein aufgelöst worden. Wollte man die Mitglieder der Konsumvereine, die zum großen Teil aus sozialdemokratischen Arbeitern bestehen, an der Ausübung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit hindern, wo bleibt da das praktische Christentum? Auch ist es Tatsache, daß die Arbeiter in den Konsumvereinen meist kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne haben. Die Konsumvereine haben auch Unterstützungskassen und Pensionsversicherungen geschaffen, zu denen sie die Hälfte der Beiträge zahlen. Die Konsumvereine haben in unsere Volkswirtschaft bereits gewaltig eingegriffen, und diese Entwickelung sollte eine weise Gesetzgebung nicht stören, sondern fördern. Ich bitte daher, den Antrag der Kommission abzulehnen und über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo! bei den Soz.)

Chrysant (Z.): Die Ueberweisung der Petition als Material, wie es die Kommission beantragt, ist das mindeste, was die Gewerbetreibenden erwarten.

Sachse (SD.): Durch gesetzliche Maßnahmen wird man die Konsumvereinsbewegung nicht aufhalten, die Handwerker sollten statt auf die Konsumvereine zu schimpfen, selbst das Genossenschaftswesen stärker pflegen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion.

Die Abstimmung bleibt zweifelhaft, der Hammelsprung ergibt, daß 90 Abgeordnete für den Antrag Albrecht (SD.) für Uebergang zur Tagesordnung stimmen, 41 dagegen. Das Haus ist also beschlußunfähig.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Etat der Reichseisenbahnen.)

Schluß 7¼ Uhr.

Aus der Partei.

Ein offener Brief Bebels. In der Sonnabendsitzung des preußischen Dreiklassenhauses hat der Fortschrittler Mugdan nicht bloß den Beweis geliefert, daß ein verehrlicher deutscher Freisinn sich vortrefflich zum Stiefelputzer vor Königsthronen und Junkersesseln eignet, indem er den Herren

---

Herr Schmidt schüttelte den Kopf. „Sie werden den Kapitän bitter kränken, wenn Sie seinetwegen zur Polizei gehen, Herr Köppen," erklärte er. „Seine letzten Worte zu mir waren: Schmidt halten Sie es geheim."

„Es wird ein bißchen Arbeit für die Polizei sein," machte der Schiffsmakler geltend. „Sie haben hier nicht viel zu tun, sie werden sich mächtig darüber freuen."

„Sie werden Ihnen soviele Umstände machen, daß Sie halb vor davon werden," wandte der andere ein. „Sie wissen nicht, was die alles anstellen."

„Ein bißchen Aufregung ist mir ganz lieb," antwortete Herr Köppen. „Ich glaube auch nicht, daß sie mich sehr belästigen werden; aber Ihr Haus werden sie wohl auf den Kopf stellen, denke ich mir. Aber das läßt sich nicht ändern. Sie wissen ja, wie dumm die Polizei ist, sie wird glauben, daß Sie den Kapitän ermordet und seine Leiche unter den Dielen des Fußbodens verborgen haben. Sie werden Ihnen den ganzen Fußboden aufreißen! Ha, ha, ha!"

„Aufgerissene Fußböden sind mir aber gar nicht so amüsant, als sie Ihnen zu sein scheinen," bemerkte Herr Schmidt kühl.

„Am Ende finden sie alle möglichen Schätze für Sie," fuhr der Besucher fort. „Es ist ein sehr altes Haus und es könnten ganze Kisten voll Geld unter dem Fußboden versteckt sein. Vielleicht können Sie sich dann vom Geschäft zurückziehen."

„Sie sind ein Herr, der gern seinen Spaß mit einem treibt, Herr Köppen," meinte der Wirt kläglich. „Ich wünschte, es wäre mir gegeben, die Dinge auch so von der glücklichen Seite anzusehen, wie Sie."

„Ich suche gar nicht, Herr Schmidt," erwiderte der andere ruhig.

Herr Schmidt scharrte mit dem Fuß auf dem Boden, warf einen verdrießlichen Seitenblick auf seinen Besucher und überlegte.

„Da ist nicht viel zu sagen," brummte er, „und wenn man bedenkt, wäre es der schlechteste Dienst, den man dem Kapitän erweisen könnte, wenn man herumbrächte, was ihm geschehen ist. Er macht an Stelle seines Sohnes einen kleinen Ausflug, das ist alles."

„Einen Ausflug?" rief der andere. „Sie nennen die Reise des Seglers einen kleinen Ausflug?"

„Nein, nein, Herr Köppen," erwiderte Schmidt mit entschiedener Stimme, „so schlimm ist es nicht. Ich hoffe denn doch, mehr Herr zu bleiben. Er macht nur eben einen kleinen Ausflug mit seinen alten Freunden Thießen auf der „Fortuna". Die Idee ist von Übel."

Zu Herrn Schmidts größter Ueberraschung setzte sich sein Besucher plötzlich hin und begann zu lachen. Tränen aufrichtigster Freude füllten seine Augen und trübten seine Brille. Herr Schmidt, der ihn mit der Miene wohlwollenden Interesses betrachtet hatte, fing auch an zu lachen, um ihm Gesellschaft zu leisten.

„Wissen Sie nicht, daß das strafbar ist?" fragte der Schiffsmakler, als er sich wieder gefaßt hatte.

Herr Schmidt schüttelte den Kopf und wurde wieder ernst.

„Der Kapitän hat sich in seiner eigenen Schlinge gefangen," sagte er langsam. „Es gibt kein Gesetz für ihn. Er wird bloß ausgelacht werden. So eine Idee, mich dazu anstiften zu wollen, den Bräutigam der kleinen Amelia Löbel wegzuschaffen! Wo ich doch ihr Pate war!"

Herr Köppen starrte ihn an und ging dann mit einem freundlichen „Guten Morgen!" Auf halbem Wege durch den Flur hielt er jedoch an, ging wieder zurück, holte seine Zigarrentasche hervor und bot dem erstaunten Schlafbas eine Zigarre an.

„Hoffentlich," sprach dieser Ehrenmann, während er die sich entfernende Gestalt des andern beobachtete und unschlüssig an der Zigarre roch, „hoffentlich ist alles in Ordnung mit ihr; aber er ist ein Spaßvogel, und es gibt Zigarren, die explodieren. Auf alle Fälle will ich sie Löbel geben."

Vierzehntes Kapitel.

Am Morgen nach dem Versuch, seinen Sohn gewaltsam fortzuschaffen, erwachte Kapitän Schümann mit einem schlimmen Kopfweh. Kein gewöhnliches Kopfweh, das von etwas frischem Wasser und kühler Luft weggeht, sondern ein reißender, rasender Schmerz, so daß es ihm erschien, als sei er ganz Kopf und voller Mattigkeit. Seine Augenlider wurden wie von einem schweren Gewicht heruntergedrückt und sein Hinterkopf schien auf seinem Kissen festgeleimt zu sein.

Er stöhnte schwach, erhob sich auf seinem Ellenbogen, öffnete seine Augen und setzte sich mit einem scharfen Ausruf vollends auf. Sein Bett war höher vom Fußboden entfernt, als gewöhnlich, und überdies war der Fußboden anders als sonst. In dem trüben Licht sah er deutlich das Volkslogis eines Schiffes, unsaubere Kojen mit schmutzigem Bettzeug und glänzendes Oelzeug, das von der Decke herunterhing.

Einige wenige Augenblicke starrte er mystifiziert umher — er war sicher krank und das Volkslogis war zweifellos eine Sinnestäuschung. Es war ein sonderbares Symptom, und der merkwürdigste Teil war, daß alles so deutlich erschien. Sogar der Geruch. Er sah schärfer hin in der Hoffnung, daß seine Umgebung wieder die gewöhnliche werden würde, und als er sich etwas mehr auf seinen Ellbogen lehnte, rollte er beinahe aus der Koje. Entschlossen, diesem Geheimnis auf den Grund zu gehen, ließ er sich auf den Fußboden hinab und fühlte nun deutlich die Bewegung eines Schiffes auf See.

Es war kein Zweifel mehr. Er schwankte zur Tür, hielt sich seitwärts fest und blickte nach dem Deck. Der Dampfer rollte auf bewegter See und ein angenehmer, starker Wind blies ihm erfrischend ins Gesicht. Schornsteine, Brücken und Masten, alles schwankte in rythmischer Bewegung, das lose Gut klapperte und dann und wann tönte schwach, aber deutlich ein Klirren aus der Speisekammer des Stewards.

Er stand verwundert da, versuchte sich die Ereignisse der vergangenen Nacht zusammenzureimen und zu verstehen, durch welches Wunder er wieder an Bord seines alten Schiffes, der „Fortuna", gekommen war. Es war kein Zweifel an der Identität des Fahrzeuges, er kannte jeden Zollbreit desselben, und jede weitere etwa erforderliche Bestätigung wurde vollauf durch die Erscheinung der langen, hageren Gestalt des Kapitäns Thießen auf der Kommandobrücke geliefert.

Kapitän Schümann holte tief Atem und begann, sich die Situation zu vergegenwärtigen. Er schritt an die Reling und sah über dieselbe; bis zum Hafen war es nur eine kleine Strecke, und Wellhafen selbst, das jenseits der schmutzigen, sich überstürzenden Wellen kalt und freudlos erschien, war wenig mehr als eine halbe Meile entfernt.

Bei diesem Anblick belebten sich seine Geister wieder und mit einem heiseren Schrei rannte er auf die Brücke zu. Kapitän Thießen wandte sich rasch nach dem Lärm um und blickte mit unverkennbarem Erstaunen auf den Eindringling, als er ihn erkannt hatte.

„Drehen Sie bei," rief Schümann und winkte ihm zu, „drehen Sie bei!"

„Was in aller Welt tun Sie auf meinem Schiff?" fragte der überraschte Thießen.

„Setzen Sie mich an Land," schrie Schümann gebieterisch, „verschwenden Sie keine Zeit mit reden. Hören Sie? Setzen Sie mich an Land!"

Das Erstaunen wich aus Thießens Gesicht und verwandelte sich in einen Ausdruck des Aergers. Eine Zeitlang betrachtete er das rote und drohende Gesicht des Kapitäns Schümann in Schweigen, dann wandte er sich an den zweiten Offizier.

„Dieser Mann gehört nicht zur Mannschaft, Herr Kellermann?" fragte er mit verwirrter Stimme.

„Nein, Herr Kapitän," antwortete Kellermann.

„Wie konnte er hier an Bord kommen?"

Kapitän Schümann beantwortete diese Frage selbst.

(Fortsetzung folgt.)

Preußens behilflich ist, das Andenken der Volkserhebung von 1813 zur Hohenzollernverherrlichung zu mißbrauchen und die wahre Rolle der Krone und des Junkertums jener Zeit im Weihrauch der Feste verschwinden zu lassen. Herr Mugdan hat zugleich auch bewiesen, daß sich der deutsche Freisinn nicht minder eignet, greuliche Mißstände, an denen Vertreter des Mittelstandes Interesse haben, gegen die Kritik der Arbeiterschaft zu verteidigen. In jener Sitzung wurde auch die Bäckereiverordnung besprochen, gegen die die Bäckermeister noch immer Sturm laufen. Herr Mugdan mußte den Herren vom Backtrog gegen die Forderung unserer Genossen, daß die Verordnung energisch durchgeführt werde, zu Hilfe kommen. Er tat das, indem er die Verdienste, die sich die Sozialdemokratie um die Abstellung der Mißstände im Bäckergewerbe erworben hat, hämisch herabzusetzen suchte, indem er unter Berufung auf ein Urteil, das einmal gegen einen Konsumverein in Magdeburg erging, es so hinzustellen suchte, daß in den Bäckereien der „sozialdemokratischen" Konsumvereine die schlimmste Unreinlichkeit herrsche und indem er schließlich ein paar herabsetzende Worte über die verdienstvolle Broschüre sagte, mit der Genosse Bebel seinerzeit die Forderung der Bäckergesellen nach Schutz ihrer Arbeitskraft tatkräftig unterstützte und der zögernden Regierung einen sehr notwendigen Rippenstoß gab. Genosse Bebel knöpft sich nun den skrupellosen kapitalistischen Klopffechter in einem offenen Brief vor, der im gestrigen „Vorwärts" erschien und also lautet:

An den Landtagsabgeordneten Herrn Dr. med. Mugdan hier.

Nach dem Bericht des „Vorwärts" haben Sie in der Sitzung des preußischen Landtags vom 22. d. M. anläßlich einer Debatte über die Bäckereiverordnung geäußert:

„Uebrigens ist es auch nicht richtig, daß der Abg. Bebel der erste gewesen ist, der hygienische Mißstände in Bäckereien aufgedeckt hat. Das ist lange vor ihm geschehen."

Sie würden mich zu Dank verpflichten, wollten Sie mir mitteilen, wie lange vor dem Erscheinen meiner Schrift im Jahre 1890 Mißbräuche in den deutschen Bäckereien aufgedeckt wurden. Meine Schrift war tatsächlich die erste, in der die scheußlichsten Zustände in zahlreichen Bäckereien der verschiedensten Städte an das Tageslicht gezogen wurden, und die so den ersten Anstoß zu der Bäckereiverordnung gab.

Sie sagten weiter: „Herr Bebel hat allerdings eine Broschüre geschrieben, die neben vielem Wahren auch viel Unwahres enthält."

Ich fordere Sie auf, mir die Unwahrheiten nachzuweisen, die ich in meiner Schrift mir zuschulden kommen ließ. So lange Sie mir diese nicht nachweisen, betrachte ich Ihre Behauptung als eine Verleumdung.

Wahr ist, daß nach dem Erscheinen meiner Schrift eine ganze Anzahl Polizeibehörden in vielen von mir genannten Städten an der Richtigkeit meiner Angaben zweifelten und Untersuchungen anstellten, ob die geschilderten Zustände vorhanden seien. Das Endresultat war, daß ich nicht zu viel, sondern zu wenig gesagt hatte. Die Wirklichkeit war schlimmer als meine Schilderung.

In der Tat hatte ich die schlimmsten Schmutzereien nicht erwähnt, meine Feder sträubte sich, sie niederzuschreiben.

Schöneberg, den 24. Februar 1913.

A. Bebel.

Für den Dritten Sozialdemokratischen Frauentag ist soeben eine 16 Seiten star'e **Agitationszeitung für das Frauenwahlrecht** erschienen, herausgegeben von Klara Zetkin. An künstlerischen Bildern enthält die Zeitung: Amazone. — Netzflickerinnen. Von Max Liebermann. — Delphinische Sibylle. Von Michelangelo. — Die Republik. Von Honore Daumier. — Zug der Frauen nach Versailles. Der Preis des Blattes ist 10 Pfennig. Zu beziehen ist es von der Expedition der Gleichheit in Stuttgart, Furtbachstraße 12, sowie von den Buchhandlungen und Kolporteuren.

Die sozialdemokratische Dumafraktion unter Polizeiaufsicht. Wie unsere Genossen in der Duma von der Polizei auf Schritt und Tritt observiert werden, geht aus folgendem Vorgang hervor. Einige Mitglieder der Dumafraktion besuchten vor einigen Tagen Helsingfors, wo sie den Landtag aufsuchten und der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags einen Besuch abstatteten. Auf Schritt und Tritt wurden sie von einer Armee von Spitzeln verfolgt, und selbst als die Abgeordneten zwei Automobile nahmen, rasten sie in Droschken hinter ihnen her. Auch in Wiborg wurden die Genossen von den Spitzeln belästigt und sogar von der Polizei, die hier aus russischen Kreaturen besteht, angeschrieben.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Schuhmacher! Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma E. Liebmann (Schuhfabrik „Hassia") in Offenbach a. M. haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. Die Firma gibt sich die erdenklichste Mühe, aus allen größeren Schuhindustrieorten qualifizierte Arbeiter zu bekommen. Zuzug ist daher strengstens fernzuhalten.

Zum Schiedsspruch im Malergewerbe ist noch ergänzend mitzuteilen: Der Schiedsspruch wurde am Montag abend verkündet. Er beruht im allgemeinen auf den Ergebnissen der Verhandlungen in den Gautarifämtern, spricht aber aus, daß eine Arbeitszeitverkürzung nur in einem Teil derjenigen Städte bestätigt wurde, in denen sie bisher zehn Stunden betrug, mit einer Ausnahme (Braunschweig), wo die Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden verkürzt wurde. Insgesamt tritt eine Arbeitszeitverkürzung von pro Tag eine halbe Stunde ein in 30 Lohngebieten mit 10 629 beschäftigten Gehilfen. Die zugebilligten Lohnerhöhungen erstrecken sich auf 320 Lohngebiete mit 64 409 Beschäftigten, davon erhalten 19 Lohngebiete mit 865 Beschäftigten pro Stunde 2 Pfg., 80 Lohngebiete mit 2769 Beschäftigten pro Stunde 3 Pfg., 138 Lohngebiete mit 15 385 Beschäftigten pro Stunde 4 Pfg., 58 Lohngebiete mit 32 532 Beschäftigten pro Stunde 5 Pfg., 20 Lohngebiete mit 10 690 Beschäftigten pro Stunde 6 Pfg., 4 Lohngebiete mit 2054 Beschäftigten pro Stunde 7 Pfennig, 1 Lohngeb. mit 14 Besch. pro Stunde 15 Pfg. Darin ist für die oben erwähnten 30 Orte die Arbeitszeitverkürzung mit einbegriffen. Die Lohnerhöhungen sind auf die drei Vertragsjahre verteilt und treten mit Abschluß des Tarifs resp. am 1. März d. J. 1913, 1914 und 1915 in Kraft. Daß die Lohnerhöhung eine allgemeine sein soll, wurde von den Unparteiischen nach den vorliegenden Erklärungen der Unternehmer nicht tariflich festgelegt, aber als ganz selbstverständlich bestätigt. Unter den Städten, für die eine Arbeitszeitverkürzung bewilligt wurde, befinden sich: Breslau, Aschaffenburg, Darmstadt, Offenbach, Wiesbaden, Braunschweig, Aachen, Barmen, Bochum, Krefeld, Dortmund, Duisburg, Elberfeld, Essen, Altenessen, Gelsenkirchen, Osnabrück, Solingen, Erfurt, Plauen, Hall, Heidenheim, Heilbronn (¼ Stunde), Mülhausen i. E., Reutlingen, Straßburg, Tübingen, Hof, Ingolstadt, Straubing, Würzburg. In diesen Städten beträgt die Lohnerhöhung mit Ausnahme von Essen und Solingen 6 und 7 Pfg. In allen übrigen Städten 5 Pfg. und darunter, wie oben näher angeführt. Die sofort einzutretende Lohnerhöhung beträgt in den Städten ohne Arbeitszeitverkürzung allgemeinen zwei Pfennig. Wo bisher beiderseits Organisationen nicht vertreten waren, ist, wenn solche entstehen, ein Tarifvertrag abzuschließen. Bei der Ermittlung der Grundlöhne sind in solchem Falle die Löhne zugrunde zu legen, die am 1. Juli gezahlt werden. Diesen sind die jetzt allgemein bewilligten Löhne zuzulegen. Wegen des Arbeitsnachweises erklärten die Unparteiischen, daß sie durch die neue Fassung des Tarifvertrages eine weitere Förderung der Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage bezweckt hätte. Es müßten mindestens die schon bestehenden aufrechterhalten und entsprechend den Änderungen im Tarifvertrage umgestaltet werden. Die Ortstarifämter haben innerhalb sechs Wochen zu prüfen, ob ein paritätischer Arbeitsnachweis zu errichten ist.

Die Tarifberatungen im Baugewerbe sind noch zu keinem Abschluß gelangt. Im Laufe der Verhandlungen, die am Dienstag begannen, stellte sich die Notwendigkeit heraus, die Anträge der verschiedenen Parteien, die bisher nur den Unparteiischen zu treuen Händen übergeben waren, gegenseitig auszutauschen. Es wurde deshalb beschlossen, dem jetzigen Hauptvertrag das Vertragsmuster mit den verschiedenen Anträgen gegenüber zu stellen und diese Vorlage den Parteien zuzustellen. Damit die Parteien hierzu Stellung nehmen können, wurden die Verhandlungen auf Sonntag, den 9. März vertagt.

Lohnbewegungen im Portefeuiller- und Sattlergewerbe. Nach 14tägigem Streik konnte mit der Firma A. Nitke, Haynau, Lederwarenfabrik, ein Tarif abgeschlossen werden, wonach die Arbeitszeit von 59 auf 57 Stunden reduziert, die Löhne der Sattler um 4 Pfg., die der Arbeiterinnen um 3 Pfg. die Stunde erhöht wurden. Für Sattler beträgt der Mindesteinstellungslohn 40, für Portefeuiller 45 Pfg. Eingerichteten Arbeitern soll nach Vereinbarung ein höherer Lohn gezahlt werden. Der Akkordtarif wird mit den Arbeitern geregelt. Die Arbeitswilligen wurden entlassen und alle Streikenden wieder eingestellt. — Zu bemerken wäre noch, daß der Firmeninhaber in seiner ersten Wut über den Streik „seiner Leute" so in Erregung geriet, daß er seinen besten Arbeiter bei der Polizei als Ausländer denunzierte. — In Bremen befinden sich die Geschirr-, Auto- und Treibriemensattler, in Heilbronn die Autosattler in einer Tarifbewegung. Zuzug nach den letztgenannten Orten ist streng fernzuhalten.

Die Annahme der Schiedssprüche im Schneidergewerbe. Die Schiedssprüche der Unparteiischen im Schneidergewerbe unterstanden der Beschlußfassung der einzelnen Orte. In den Versammlungen der an der Tarifbewegung beteiligten Orte haben 2105 sich für die Annahme erklärt, dagegen 916. Durch Abgabe von weißen Stimmzetteln der Abstimmung enthalten haben sich 85 Versammlungsteilnehmer. Da die Abstimmung als einheitlich betrachtet wird, und da über zwei Drittel der Abstimmenden sich für die Annahme erklärten, so gelten somit die Schiedssprüche der Unparteiischen für angenommen. Die Unternehmer betrachteten die Schiedssprüche der Unparteiischen wohl schon als endgültig, ließen aber, um die Stimmung in ihren Kreisen kennen zu lernen, ebenfalls eine Abstimmung vornehmen, deren Resultat uns aber nicht bekannt ist. Mit Sicherheit kann jedoch gesagt werden, daß somit die Tarifbewegung im Schneidergewerbe als beendet gilt.

Unerhörter Terrorismus einer Zwangsinnung. Zu einem neuen Mittel, die Zwangsinnungen noch rücksichtsloser in den Dienst der Unternehmerinteressen zu stellen, hat die Breslauer Zwangsinnung der Tapezierer gegriffen. Die schwebenden Tarifverhandlungen mit den Gehilfen brach die Zwangsinnung am Tage des Tarifablaufs ab, sie verfügte die Aussperrung der Gehilfen, als diese nicht die verlangten Tarifverschlechterungen hinnehmen wollten. Natürlich folgte nur der kleinere Teil der Innungsmitglieder dem Aussperrungsbeschluß. Der größere Teil sperrte nicht aus. In dieser Situation griff die Leitung der Zwangsinnung zu dem Mittel, die Aussperrung zwangsweise anzuordnen. Der Innungsvorstand verfügte:

„Tapezierer-Innung zu Breslau.

Breslau, den 21. Februar 1913.

Herrn Mitglied .....

Beschluß der Vorstandssitzung vom 20. Februar 1913.

Bezugnehmend dem gefaßten Beschluß der sofortigen Aussperrung der Tapezierergehilfen in der außerordentlichen Versammlung 17. 2. 13. im „Pariser Garten" Abends ½8 Uhr, haben Sie sich bis dato nicht gefügt und ist festgestellt worden, daß Ihre Leute weiter beschäftigt wurden, trotzdem Ihnen dieser Beschluß durch persönliche Anwesenheit oder am nächsten Tage durch Drucksache bekannt war.

Laut Satzung 10 des Innungsstatuts werden Sie hiermit in eine Ordnungsstrafe von

Zwanzig Mark

genommen.

Außerdem haben Sie sofort den Ausführungsbefehl auszuführen, sofern Sie nicht innerhalb 24 Stunden in eine neue Ordnungsstrafe genommen sein wollen. Da Ihr Vorhaben den Interessen obiger Innung gegenüber als schädigend zu bezeichnen ist.

Der Vorstand.

J. A.: Julius Mann."

Hier werden also die Zwangsmaßregeln gegen die Mitglieder von Zwangsinnungen, wie wir solche im Bäcker-, Fleischer- und Friseurgewerbe gesehen haben, noch weiter fortgeführt. In diesen Fällen handelte es sich darum, daß den Mitgliedern von Zwangsinnungen unter Strafandrohung der Sonderabschluß von Tarifverträgen oder die Veröffentlichung des Tarifabschlusses verboten wurde. Sie will zwangsweise, durch Straffestsetzung, ihre Mitglieder dahin bringen, daß diese ihre Arbeiter aussperren. Die Aussperrung wurde beschlossen, weil die Arbeiter im neuen Tarif nicht Verschlechterungen der bisherigen Arbeitsbedingungen akzeptieren wollten. Die Zwangsorganisation der Meister soll nun das Mittel abgeben, um die Arbeiter durch eine Aussperrung zur Annahme der Verschlechterungen zu zwingen. Das ganze ist ein köstlicher Beitrag zum Kapitel Terrorismus. Die Unternehmer schreien allerorts nach Mitteln gegen den angeblichen Terrorismus der Arbeiter; wir empfehlen daher den Schreiern diesen Terrorismus zur Kenntnisnahme. Ein größerer Teil der Breslauer Innungsmitglieder wird sich dem Terrorismus der Zwangsinnung nicht fügen, sondern den Fall zum Austrag bringen. Einen besonderen Beigeschmack bekommt das Vorgehen der Zwangsinnung noch dadurch, daß der Zwang vorzugsweise auf den kleinen handwerkerlichen Betrieben ruht. Die größeren Fabrikbetriebe gehören der Zwangsinnung nicht an, bei diesen scheidet der Druck der Zwangsinnung von vornherein aus. Die Wut der vielen kleinen und mittleren Unternehmer, die zwangsweise zur Aussperrung der Arbeiter gebracht werden sollen, während die Arbeit drängt, ist groß, um so mehr, weil sie sehen, daß die Großbetriebe vom Terrorismus der Zwangsinnung nicht berührt werden. Der Kampf der Breslauer Tapezierer geht weiter. Sorgt überall für die Fernhaltung des Zuzuges.

Das Strafsystem im Ruhrbergbau. Die Bergwerksunternehmer im Ruhrgebiet haben ihre eigene Gerichtsbarkeit, die rücksichtslos gegen die Arbeiter angewandt wird. Die Möglichkeit dazu bietet die Arbeitsordnung, nach der in nicht weniger als 17 Punkten Bestrafung erfolgen kann. Der Vorzug dieser Gerichtsbarkeit ist, daß ohne weiteres abgeurteilt wird. Da gibt es keine Voruntersuchung und kein Verhör. Dem „Vergehen" folgt die Strafe auf dem Fuße. Die Grubenbeamten sind Ankläger und Vollstrecker des Urteils zugleich. Groß sind die Summen, die den Arbeitern durch das Strafsystem abgezogen werden. Im Jahre 1912 wurden auf 131 Zechen des Ruhrreviers Strafgelder vereinnahmt:

Wegen Förderns unreiner Kohle	362 868 Mark
Wegen sonstiger Vergehen	568 098 Mark
Summa	930 966 Mark.

Neunhunderteinunddreißigtausend Mark in einem Jahre! Das ist ungeheuerlich. Die ungerechtesten Bestrafungen sind die wegen Förderns unreiner Kohle oder wegen nicht genügend gefüllter Wagen. Vor der Arbeitsstelle können die Wagen überfüllt geladen werden, durch den langen unterirdischen Transport wird die Kohle zusammengerüttelt und die Ladung senkt sich. Ueber Tage kommt so der Wagen nicht mehr überfüllt beladen an. Dann setzt es Strafe. Auch läßt es sich nicht vermeiden, daß einige Steine mit eingeladen werden, denn die Kohle ist damit verwachsen. Trotz alledem setzt es Strafe, wenn Steine im Wagen gefunden werden. Bei der Lohnzahlung werden auch einige Pfennige nicht ausgezahlt. Die hierdurch erzielte Summe beläuft sich auf den 131 Schachtanlagen noch auf 102 656 Mark. Mit diesem Gelde treiben die Unternehmer Wohlfahrt. Es fließt in eine auf jeder Zeche vorhandene Unterstützungskasse. Daraus werden durch Krankheit in Not geratene Arbeiter unterstützt. In den Berginspektorenberichten kann man dann alljährlich lesen, welche Summen für Unterstützungen an die Arbeiter verausgabt wurden. Und dabei wird dann die Fürsorge der Unternehmer gebührend hervorgehoben. Nicht aber wird gesagt, daß das Geld, womit man Wohlfahrt übt, den Arbeitern vorher vom Lohn genommen ist. Das ist Wohlfahrt, die erst durch Plage geschaffen werden kann.

Soziales.

Das Selbstverwaltungsrecht in den Ortskrankenkassen. Die Bestrebungen zur Zertrümmerung des Selbstverwaltungsrechts in den Krankenkassen werden illustriert durch Vorkommnisse in der Chemnitzer Ortskrankenkasse, die zu scharfen Zusammenstößen zwischen Unternehmervertretern und Arbeitervertretern geführt haben. Im Juli vor. Jahres wurde in Chemnitz die Wahl zweier neuer Hilfsarbeiter in der Ortskrankenkasse vorgenommen. Der Versuch, Unternehmer und Arbeiter auf gemeinsame Kandidaten zu vereinen, scheiterte. Die Chemnitzer Unternehmer haben es direkt auf die Zertrümmerung der Selbstverwaltung abgesehen. Die gesetzlich vorgeschriebene zweite Abstimmung dann, die gemeinsame Abstimmung der Unternehmer und der Arbeiter, hat jedoch die Wahl der von den Arbeitern vorgeschlagenen Kandidaten ergeben, und der Kassenvorstand beantragte die Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde. Das Versicherungsamt veranstaltete mit den beiden vorgeschlagenen Hilfsbeamten eine Prüfung und lehnte dann die Bestätigung ab. Die Unternehmer hatten erreicht, was sie wollten. Die Ortskrankenkasse legte dann beim Oberversicherungsamt Berufung ein, die verworfen wurde. Das Versicherungsamt hatte von den beiden Kandidaten Arbeiten anfertigen lassen, die natürlicherweise deren Durchfall zur Folge haben mußte. Die Beamtenstellen sollen eben in Zukunft Militäranwärtern und sonstigen unternehmer- und regierungsfrommen Elementen vorbehalten sein. Mittlerweile bis zur Erledigung des Streitfalles hatte die Aufsichtsbehörde der Krankenkasse zwei Ratsschreiber aufgedrängt. In der Generalversammlung der Ortskrankenkasse nun, die sich mit diesem Fall beschäftigte, prallten die Meinungen hart aufeinander. Die Unternehmer machten aus ihrer Parteilichkeit gar kein Hehl. „In Chemnitz ist es Tatsache geworden," so führte der Vorsitzender der Kasse, Haubold, aus, „was auf allen Krankenkassenkongressen und in allen Parlamentsverhandlungen befürchtet worden ist: aus rein politischen Gründen hat man die Selbstverwaltung der Krankenkassen preisgegeben. Chemnitz hat das rühmliche Verdienst, zuerst diesen Weg schlimmster Reaktion beschritten zu haben. Mit uns haben die Arbeitgeber in der Kasse damals dagegen protestiert, daß man diese Art Gesetzgebung durchführt, und jetzt stürzen sich die Arbeitgeber auf diesen Paragraphen, den sie selbst in ihrem Beschluß als Ausnahmegesetz gebrandmarkt haben, um die Rechte der Arbeiter mit Füßen zu treten. Welch trauriger Widerspruch zwischen Beschließen und Handeln!" Nach langer Debatte einigte man sich schließlich auf einen Antrag, den Kassenvorstand zu ersuchen, eine friedliche Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Jedenfalls aber haben die Auseinandersetzungen darüber gar keinen Zweifel gelassen, daß die Selbstverwaltung der Krankenkassen aufgehört hat. Unternehmer und Versicherungsamt haben die Macht, ihre Erwählten in die Beamtenstellen zu bringen. Niemand aber wird behaupten, daß ein solches Vorgehen der Krankenversicherung einen Dienst erweist.

Aus dem Gerichtssaal.

Unteroffiziere als Versammlungsbesucher. Vor dem Kriegsgericht der 29. Division standen am Dienstag, wie uns aus Freiburg (Breisgau) berichtet wird, ein Unteroffizier und ein Sergeant vom Infanterieregiment Nr. 113 unter der Anschuldigung, eine sozialdemokratische Versammlung besucht zu haben. Es handelte sich um die im November vorigen Jahres in Freiburg stattgefundene Protestversammlung gegen die Kriegsgefahr, in der die Genossen Winarski-Wien und Grumbach-Paris sprachen. Die beiden Unteroffiziere waren in Uniform in der Versammlung erschienen. Unteroffizier P. erhielt vier Wochen Mittelarrest, Sergeant M. wurde freigesprochen, weil das Gericht seiner Angabe Glauben schenkte, nicht gewußt zu haben, daß er sich in einer sozialdemokratischen Versammlung befinde.

Schwere Beschuldigungen gegen Berliner Schutzleute haben zur Erhebung einer Anklage geführt, die etwa Mitte März vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zur Verhandlung kommen wird. Angeklagt wegen Bestechung und Zuhälterei ist der Kriminalschutzmann Paul Thiede, während sich dessen Frau, Marianne Thiede, wegen Kuppelei zu verantworten haben wird. Die Anklage richtet sich ferner gegen die Kriminalschutzleute Hans Bachmann und August Segebarth, die sich der Bestechung schuldig gemacht haben sollen. Das Ermittlungsverfahren hatte sich früher auch gegen die Kriminalschutzleute Lacher und Berndt gerichtet; gegen diese ist das Verfahren jedoch mangels ausreichenden Beweises wieder eingestellt worden. Als Hauptbelastungszeuginnen treten zwei Prostituierte, eine Schneiderin Ortmeier und eine Frau Walter, auf, deren Angaben durch eine Reihe von dem Angeklagten Thiede herrührender Briefe unterstützt werden. Thiede hatte als Beamter der Sittenpolizei den Überwachungsdienst in der Friedrichstraße. Hier wurde er mit der Prostituierten Ortmeier bekannt, die schon seit Jahren der Sittenpolizei Vigilantendienste leistete, wofür sie von der Kontrolle befreit blieb; anderseits erhielt sie die von ihr im Interesse irgendwelcher Ermittlungen unternommenen Droschkenfahrten und sonstigen Auslagen von der Polizeibehörde zurückerstattet. Wie behauptet wird, soll Thiede zu dem Mädchen in nähere Beziehungen getreten sein, die schließlich dazu führten, daß er

ihr Zuhälterdienste geleistet haben soll. Er soll sie unter anderm in ihrer in der Neuenburger Straße gelegenen Wohnung wiederholt nachts besucht und dabei jedesmal 20 Mk. bis 30 Mk. von ihr erhalten haben. Außerdem soll sie ihm mehrere Anzüge haben anfertigen lassen. Schließlich wurde sie auch mit der Frau Thiedes bekannt, die, wie behauptet, die Beziehungen ihres Mannes zu dem Mädchen geduldet, ja sogar in einem andern Zimmer geschlafen haben soll, wenn ihr Mann den Besuch der Ortmeier empfing. Sie soll, wie das Mädchen behauptet, von ihr mehrere Kleider und Hüte erhalten haben; außerdem habe das Ehepaar von der Prostituierten wiederholt Weine, Liköre und Delikatessen erhalten. Als zwischen Thiede und seiner freigebigen Freundin Differenzen entstanden, beschuldigte das Mädchen den Kriminalbeamten auf offener Straße der Zuhälterei und rief einen großen Menschenauflauf hervor, so daß sie schließlich zur Wache sistiert werden mußte. Auf der Polizeiwache wiederholte sie die Beschuldigungen unter Anführung näherer Einzelheiten. Thiede erklärte hierbei nur, solche Person könne ihn überhaupt nicht beleidigen. Trotz dieses Vorfalls wurde gegen Thiede nichts unternommen, er nahm sogar die alten Beziehungen zu der Prostituierten wieder auf, wie mehrere seiner Briefe beweisen. Die Angeklagten Bachmann und Segebarth, die ebenfalls der Sittenpolizei angehörten, sollen in ähnlicher Weise von der Prostituierten Walter Geldbeträge erhalten haben. Die ganze Sache kam dadurch in Fluß, daß der Redakteur Karl Schneidt von der „Zeit am Montag" von diesen Dingen Kenntnis erhielt und der Ortmeier die kompromittierenden Briefe für 300 Mk. abkaufte. Die Verteidigung sucht die Glaubwürdigkeit der Zeuginnen in Abrede zu stellen und die Sache so darzustellen, als sei Schutzmann Thiede von der Ortmeier fortgesetzt mit Liebesanträgen verfolgt worden.

Oldenburger Landtag.

h. So etwas wie Konfliktluft herrschte im Sitzungssaale bei der Plenarsitzung am Dienstag, 25. Februar. Zur Tagesordnung standen 29 Punkte, von denen der Bau des Ministerial- und Landtagsgebäudes und die Vorlagen auf Errichtung von 4 höheren Lehranstalten die wichtigsten waren. Zunächst beschloß der Landtag eine Aenderung des Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Lübeck vom 11. Januar 1910. Der Gesetzentwurf verfolgt die Absicht, alle bei der Vermittelung, Uebertragung oder dem Verkauf von Grundstücken für die dabei zugrunde liegenden Rechtsgeschäfte zur Stempelsteuer heranzuziehen. Der Landtag stimmte der Vorlage zu.

Die Vorlage betr. den Umbau des Amtsgerichtsgebäudes in Oberstein wurde nach langer Debatte abgelehnt und die Regierung ersucht, eine neue Vorlage zu machen unter Berücksichtigung der Frage der Errichtung des Amtsgerichts am Klotzberg in Idar. Es spielt dabei ein gewisser Konkurrenzkampf der beiden Nachbarstädte eine Rolle, der auch bei der Beratung des Handelskammergesetzes für Birkenfeld zum Ausdruck kam, wobei die Mehrheit sich ebenfalls für Idar entschied, während Abg. Hug die Platzfrage der Beschlußfassung der Handelskammer selbst überlassen wollte. Mit Mehrheitsbeschluß kam in das Gesetz hinein, daß auch den Frauen das Wahlrecht wird, die ein Handelsgewerbe betreiben und zwar sowohl das aktive als passive Wahlrecht; obwohl die Regierung dies als unannehmbar erklärt.

Bei der Beratung des Neubaues des Ministerial- und Landtagsgebäudes beantragte Abg. Hug (Soz.) die Absetzung von der Tagesordnung mit der Begründung, daß der Landtag die Baufrage nicht eher entscheiden könne, als bis die Schulfragen gelöst seien. Abg. Durstho ff (Lib.) protestierte hiergegen, warnte vor einer solchen Politik, nannte sie verfassungswidrig und dergleichen. Er mußte sich von seinen eigenen Parteifreunden sagen lassen, daß seine Politik nicht mehr liberal sei, er vielmehr den Schrittmacher der Rechten abgebe. Nach heftiger Geschäftsordnungsdebatte wird die Absetzung von der Tagesordnung beschlossen.

Nunmehr trat der Landtag in die Beratung der Schulvorlagen ein. Zunächst stand zur Tagesordnung die Vorlage auf Schaffung einer höheren Landwirtschaftsschule, ihr folgte die Beratung der Errichtung von drei Realgymnasien.

Die höhere Landwirtschaftsschule in Oldenburg soll eingerichtet werden an Stelle der durch Landtagsbeschluß eingehenden Landwirtschaftsschule in Varel, die eigentlich nur eine Schule zur Erlangung des Berechtigungsscheines ist. Nach der Vorlage der Regierung werden zu der höheren Schule jährlich 10 Schüler erwartet. Liberale und Sozialdemokraten wollen die Vorlage ablehnen, einige Liberale treten für die Schule, obwohl sie eine reine Standesschule ist, ein. Die Linke will die Frage nach Errichtung von Volkshochschulen geprüft wissen, ähnlich wie sie in Dänemark bestehen. Der Führer der Agrarier, Abg. Müller-Rutzhorn bringt in die heftige Debatte den rechten Ton hinein, indem er erklärt, daß das Für und Wider bei der höheren Landwirtschaftsschule den Maßstab abgebe dafür, wer ein warmes Herz für die Landwirtschaft habe oder nicht. Der Schluß der stundenlangen Debatte brachte den Agrariern eine arge Ueberraschung durch die Erklärung des Landtagspräsidenten Oekonomierat Schröder, daß er trotz seines warmen Herzens für die Landwirtschaft Gegner dieser Schule sei. Die von der Regierung beantragte Aufhebung der Vareler Schule habe er als einen Faustschlag ins Gesicht für jeden Landwirtschaftsfreund empfunden; die Schule hätte reorganisiert werden sollen; was aber die Regierung jetzt wolle, sei ein Versuchsobjekt, ein Sparen auf Kosten der Landwirtschaft. Staatsminister Scheer wies diesen Angriff scharf zurück. Die Abstimmung brachte aber doch eine kleine Mehrheit für die Vorlage, die mit 23 gegen 20 Stimmen angenommen wurde.

In Eile wurden alsdann eine Reihe kleiner Sachen erledigt.

Am Mittwoch gab es die Fortsetzung der Debatte über die 3 Realgymnasien. Vor Weihnachten hatte die Regierung eine Vorlage eingebracht, für Rüstringen bei Wilhelmshaven ein staatliches Realgymnasium zu errichten. Rüstringen mit seiner Arbeiterbevölkerung könne nicht veranlaßt werden, eine solche Schule, die zum übergroßen Teil den Marinebeamten, die keine Kommunalsteuern zahlen, zu gute käme, zu bauen, deshalb empfehle sich die Errichtung der Schule als Staatsanstalt. Die Vorlage hatte viele Gegner, obwohl die bürgerlichen Parteien entsprechend ihrer Stellung zur Marine Freunde der Anstalt sein müßten. Die Sozialdemokraten stimmten der Vorlage zu wegen der besonderen Verhältnisse in Rüstringen. Nun kamen aber die Stadt Oldenburg und das katholische Münsterland, die die Gelegenheit gekommen sahen, jetzt ebenfalls eine solche Anstalt zu erlangen und nun hieß die Parole, ohne Oldenburg und Cloppenburg keine höhere Schule im Münsterland. Und siehe da, im Handumdrehen hatte die Regierung für diese beiden Städte auch ein Realgymnasium beantragt. Diese Verkoppelung der drei Vorlagen schaffte nun eine recht verzwickte Situation; sie trieb einen Teil der Liberalen den Agrariern und dem Zentrum in die Arme und in der Debatte verstieg sich einer dieser Liberalen, Abg. Dursthoff zu der Geschmacklosigkeit, die Abgeordneten an ihren Eid zu erinnern, ohne Nebenrücksicht ihr Mandat auszuüben. Das brachte nun freilich diesem Liberalen eine arge Abfuhr, dem über sein Verhalten zu den Vorlagen der Spiegel vorgehalten wurde. Die Debatte der ganzen Sitzung drehte sich um diese Schulfragen. Die Schulen für Oldenburg und Cloppenburg werden von der Linken als Staatsschulen nicht anerkannt; man befürchtet eine so große Belastung der Staatskasse, daß dabei das Volksschulwesen leide. — Zur Abstimmung kam es heute noch nicht. Die Situation wurde scharf gezeichnet durch die Erklärung des Ministers: ohne Ministerialgebäude keine höheren Schulen!

Aus Nah und Fern.

Eine Familie als Falschmünzerbande. In Berlin hat die Kriminalpolizei eine Falschmünzerbande entdeckt, die aus Vater, Mutter und Tochter bestand. Es handelt sich um den Mechaniker Mühl, Frau und Tochter. Der Mechaniker fertigte falsche Fünfmarkstücke an, die von seiner Frau und Tochter in den Verkehr gebracht wurden.

Tödlicher Absturz eines Militärfliegers. Gestern vormittag unternahm der nach dem Habsheimer Flugplatz bei Mülhausen abkommandierte Fliegeroffizier Oberleutnant Linke vom 34. Füsilier-Regiment in Stettin mit dem gleichfalls nach Habsheim als Fliegerschüler kommandierten Unteroffizier Helferstrieder mit einem Doppeldecker einen Probeflug. Bei einer etwas scharf genommenen Kurve rutschte der Apparat in etwa 20 Meter Höhe nach hinten und stürzte zur Erde. Unteroffizier Helferstrieder war auf der Stelle tot, während der Oberleutnant nur unbedeutende Verletzungen erlitten hat.

Selbstmord einer Neunjährigen. Aus unbekannter Ursache hat sich in Eisenach die neunjährige Schülerin Schaumkessel, deren Vater eine Gefängnisstrafe verbüßt, in der Nähe von Eisenach in das Wasser gestürzt. Vorher schenkte sie ihrer Schwester ein Halsband mit dem Bemerken, dieses als Andenken zu behalten.

Schrecklicher Kindesmord. Wegen Kindesmordes wurde in Gelsenkirchen die Ehefrau Kelch verhaftet. Die erst seit Monatsfrist verheiratete Frau hat ihr neugeborenes Kind unmittelbar nach der Geburt im Keller zerhackt und die Leichenteile dann im Küchenherd verbrannt.

Wieder Einer! Nach Unterschlagungen und Betrügereien, deren Gesamtbetrag bisher auf über 300 000 Mk. berechnet ist, ist in Berlin der 35jährige frühere Generaldirektor der Land- und Industrie-Bank A.-G., Lindner, geflüchtet. Er hat sich bei der Umwandlung der Bank in eine Aktiengesellschaft gefälschter Bilanzen bedient. Es wurde festgestellt, daß über 100 000 Mk. Effekten fehlen und aus der Bankkasse 130 000 Mk. entnommen sind. Man fürchtet, daß er nach Amerika entkommen ist.

Automobilunfälle. Bei einer Automobilfahrt München-Frankfurt verunglückte am Dienstag bei Rohrbrunn im Spessart der Inhaber der Münchener Otto-Flugzeugwerke mit seiner Frau. Das Automobil überschlug sich, als es einem Holzfuhrwerk ausweichen wollte. Otto und seine Frau wurden schwer verletzt von Waldarbeitern unter den Trümmern des Automobils hervorgezogen. — Am Mittwoch vormittag ereignete sich in der Frankfurterstraße in Eisenach ein schweres Automobilunglück. Beim Nehmen einer Kurve überschlug sich der Wagen einer dortigen Fahrzeugfabrik und begrub die Insassen unter sich. Während der Chauffeur nur leicht verletzt wurde, ist dem 35jährigen Betriebsingenieur Wallgrün der Brustkorb eingedrückt worden, sodaß der Tod sofort eintrat. Das Automobil wurde vollständig zertrümmert.

Ein Kriegsveteran, der um ein Bett bittet. In den Nummern 45 und 46 des „Bochumer Anzeigers" ist folgendes Inserat enthalten:

„Welch. edeldenkende Mensch schenkt 76j. Veteran, der 2 Feldzüge mitgem. hat u. d. 1 Krankh. zurückgek. ist, ein Bett?"

Erst 220 Millionen Mark für die neue Militärvorlage, und dann kriegen die Veteranen auch noch nichts.

Vierundzwanzig Personen durch eine Explosion getötet; mehrere Hundert verwundet. In der spanischen Hafenstadt Gijon wurden durch eine Minenexplosion im Hafen 24 Personen getötet. Die Getöteten sind fast sämtlich Arbeiter. Es war eine Mine von 3500 Kilogramm schwarzen Pulvers gelegt, um einen Fels zu sprengen, die Sprengung mißglückte jedoch. Die Mine schleuderte einen wahren Regen von Steinen auf die Zuschauer und die Schiffe im Hafen. Der leitende Ingenieur und der Unternehmer sollen sich unter den Toten befinden. Die Zahl der Verwundeten beträgt über 200; es sollen sich noch zahlreiche Personen unter den Trümmern befinden.

Ein „echter" Deutscher, wie er leibt und lebt! Im Kreise Ilfeld, jenem am Südrande des Harzes gelegenen versprengten hannoverschen Landesteil, macht die Sozialdemokratie besonders erfreuliche Fortschritte. So wurden bei der jüngsten Reichstagswahl insgesamt 1786 Stimmen abgegeben, während es die Gegner insgesamt nur auf 1150 Stimmen brachten. Die Mehrheit der Bevölkerung ist hier also zweifellos sozialdemokratisch gesonnen. Mit dieser Tatsache haben die Geschäftsleute und Wirte nun einmal zu rechnen, und so haben während der Wahlbewegung eine Anzahl Wirte ihre Lokale auch unserer Partei zur Verfügung gestellt, u. a. auch der Wirt Ferdinand Böhme in Niedersachswerfen. Erklärlicherweise lenkte Herr Böhme dadurch die besondere Aufmerksamkeit der Behörde auf sich. Zunächst wurde ihm angekündigt, daß er sein Lokal durch eine Brandmauer zu sichern habe. Als nun im Böhmeschen Lokale ein Vergnügen stattfand, ohne daß die Brandmauer aufgeführt war, erhielt B. ein Strafmandat von 50 Mk., und als dann im November der Arbeiterturnverein ein Vergnügen zu veranstalten beabsichtigte, wurde dem Wirt ein Strafmandat von 100 Mark angedroht, falls bis dahin die Brandmauer noch nicht errichtet sei. Diese behördlichen Maßnahmen sind um so auffälliger, als früher in diesem Saale der Kriegerverein und andere patriotische Vereine stets ihre Festlichkeiten abgehalten haben, ohne daß von der Behörde das Fehlen einer Brandmauer übel vermerkt worden wäre. Jetzt hat nun Herr Böhme eingelenkt, wie folgendes Inserat zeigt, das er in den Zeitungen veröffentlicht:

Bekanntmachung.

Hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß ich mein Lokal nie wieder zu sozialdemokratischen Versammlungen und dergleichen zur Verfügung stelle und erkläre meine Wirtschaft als echten „Deutschen Hof".

Ferd. Böhme, Gastwirt, Niedersachswerfen.

Ob nun die Brandmauer gebaut wird? Und ob die echten Deutschen Herrn B. genügend unterstützen werden? Die Arbeiterschaft wird sicherlich ihr gut Teil dazu beitragen, daß Herr Böhme nicht in Verlegenheit kommt, seinen „echten Deutschen Hof" desinfizieren zu müssen.

Eine furchtbare Explosion hat sich in dem Bergwerk von Kaiping in China ereignet. 16 Personen wurden getötet, zahlreiche schwer verletzt.

Sträflicher Leichtsinn einer Militärbehörde. Der Mörder Hermann Schwarz, der am 30. August v. J. in Hub bei Romanshorn am Bodensee von seiner Wohnung aus mit seinem Dienstgewehr sieben Menschen erschoß, war nach seiner Verhaftung in die kantonale Irrenanstalt bei Münsterlingen zur Beobachtung seines Geisteszustandes verbracht worden. Das jetzt vorliegende irrenärztliche Gutachten lautet auf vollständige Unzurechnungsfähigkeit und fordert die lebenslängliche Unterbringung des Kranken in einer Irrenanstalt! Bei der seinerzeit erfolgten Verhaftung hatte Schwarz Revolver und Dienstgewehr noch bei sich; in seinen Taschen fand man noch 140 scharfe Revolver- und 96 scharfe Gewehrpatronen. Schwarz konnte damals erst festgenommen werden, nachdem er selbst durch mehrere Schüsse verwundet worden war. Schwarz war kurz vor dem schrecklichen Vorkommnis vom Militär wegen Unzurechnungsfähigkeit entlassen, trotzdem aber im Besitz aller Waffen gelassen worden!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Statt besonderer Anzeige.

Am Mittwoch abend entschlief sanft nach langem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

Anna Fick, verw. Röttger

geb. Holz

im 82. Lebensjahre.

Tief betrauert von den Ihrigen.

Johann Fick. 1450

Christian Röttger und Frau, geb. Klenz.

Lübeck, den 27. Februar 1913.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 1. März, vormittags 11 Uhr, vom Hause Engelsgrube 45 [illegible] nach Friedhof Burgtor statt. Trauerfeier im Hause 10½ Uhr.

Allen denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen [illegible], insbesondere Herrn [illegible] für seine trostreichen Worte sage meinen herzlichsten Dank.

Sophie Zietz u. Kinder.

[illegible] 1440

Ein Tischlerlehrling

H. Grimm. [illegible]

Deutscher

Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Montag, dem 26. ds. Mts., starb unser Mitglied, der Arbeiter

August Weiland.

Wir werden demselben ein treues Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 2 Uhr von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofs aus statt. Die Kollegen versammeln sich 1½ Uhr beim weißen Hirsch. (1449

Die Ortsverwaltung.

Gesucht zum April ruhige **Drei-Zimmer-Wohnung**, part. oder II. Haus ohne Anzahlung. Selbstmieter. Jährliche Abzahlung 300 Mk. 1420 Off. u. **W St** an die Exp. d. Bl.

3 flotte Damen-Maskenkostüme (2 Alte, 1 Pierrette) zu vermieten 1441 Marlisfeld, [illegible] Str. 18.

2 flotte Damen-Maskenkostüme billig zu vermieten 1433 Hundestraße 57—59, II.

30 schicke Damen-Masken-Kost. billig zu vermieten. (1019 [illegible] Straße 24, [illegible]

---

20 elegante Herren-Masken-Anzüge billig zu vermieten
1399 Weißhoffstraße 37, pt.

Zum 1. März 1425
kräftiger Laufbursche außer der Schulzeit
Johannisstraße 65.

In Schlutup.
Gesucht eine **Wohnung** für einen Handwerker. Angebote unter **J b J** an die Expedition d. Bl. (1454

Ein Kinderklappstuhl
billig zu verkaufen. (1451
Schwartauer Allee 37, I.

Ein guterhalt. Sportwagen
mit Gummireifen zu verkaufen.
1436) Stiftenstraße 13 part.

Sehr guterhalt. Kinderwagen
zu verkaufen.
1428) Brockesstraße 47, II.

Ein Trauerhut (Krepp)
billig zu verkaufen.
1434) Glashüttenweg 17a.

Grammophon
zu verkaufen. Preis 15 Mk. (1432
[illegible]gerstr. 67, Feuerungsgeschäft.

Ein guterhalt. Klappwagen
zu verkaufen.
1431) Aegidienstraße 67, I.

Kinderbettstelle
zu verkaufen.
1427) Elswigstraße 32, II.

Ein starker Kinderwagen
zu verkaufen. Preis 5 Mk.
1429) Segebergstraße 24, II.

Br. Kastenwagen auf Nickel und Gummi zu verkaufen 1422
Emilienstraße 9a, I.

Ludwig Helm
Lindenstraße 36
empfiehlt sämtliche (1442
Wurst- und Fleischwaren
zu den solidesten Tagespreisen.
Ochsenfleisch 85 Pfg.
Bratenstücke 90 Pfg.

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

---

100 Taschenuhren für Konfirmanden
mit 2 Jahren Garantie
à 6 Mark
zu verkaufen in der (1443
Markttwiete 2 bei der Post.

Gratis! Gratis!

Am Freitag, dem 28. d. Mts. und Sonnabend, dem 1. Februar gebe ich auf 1 Pfd. meiner vorzüglichen Margarine zu 80 u. 90 Pfg. und 1 Brot zu 50 Pfg. 1445
1 Korinthenbrot
im Werte von 40 Pfg.
Gratis! Gratis!
M. Wegner, Hüxstr. 43.

Ein fast neuer Kindersitz- und Liegewagen zu verkaufen
1424) Adlerstraße 39a, I. Et.